

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stk Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Inserionspreis pro dreigezaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zustellen 30 Pfg.

Der große Kampf in der Dresdner Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Die in den Zuckerwaren- und Schokoladenfabriken arbeitenden Berufscollegen ganz Deutschlands haben, soweit sie überhaupt als Menschen in Betracht kommen, die an ihr eigenes Interesse denken, in den letzten Tagen mit Spannung ihre Blicke nach Dresden, dem Hauptort unserer Industrie gerichtet. Ist doch dort ein Kampf entbrannt, wie er bisher in der Geschichte der Bewegung dieser Kollegenschaft noch niemals zu verzeichnen war. Diesmal ist es, obgleich noch lange nicht alle Betriebe des Bezirkes in die Bewegung einbezogen worden sind, eine Hauptschlacht, die geschlagen wird, und an ihrem Umfange, an ihrer Intensität gemessen, sind die früheren Kämpfe nur als Aufklärungsgefechte zu bezeichnen. Auch die Unternehmer wissen, daß mit dieser Bewegung für unsere Industrie eine neue Periode beginnt, daß ihr bisheriges gleichgültiges Nücheln über die Organisation der „süßen“ Arbeiterschaft nicht mehr am Platze ist und diese Organisation in Zukunft in der Tat in Rechnung und Kalkulation gestellt werden muß. Wohl haben die Herren in den letzten Jahren schon zu ihrer Betrübnis gefunden, daß die „Auffälligkeit“ und „Begehrlichkeit“ der Leute immer größer wurde, und die „Harmonie“ ärgerlicherweise hier und da in die Brüche ging. Aber daß gerade bei den maßgebendsten Firmen, bei sogenannten Weltfirmen, die mit Humanität und Wohlthätigkeit gegen die Arbeiter obendrein so gern nach außen prunkten, Tausende dieser Arbeiter eines Tages mittags 12 Uhr geschlossen aus den Fabriken marschieren und erklären würden: „Vorläufig machen wir einmal nicht mehr mit!“ das hatten sie doch nicht vermutet.

Und warum taten dies die Arbeiter?

Wir brauchen heute nicht mehr auf die Notwendigkeit einer Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse in unserm Berufe einzugehen — insbesondere nicht für Dresden, wo natürlich, rein schematisch betrachtet, einige Pfennige Lohn im Durchschnitt mehr gezahlt werden, als vielleicht in einem gottverlassenen Neste in Schlesien oder in einem sonstigen Winkel, wo aber auf der andern Seite auch Teuerungsverhältnisse herrschen, wie in nur wenigen Großstädten. Es wäre demnach längst an der Zeit gewesen, daß die dortigen Kollegen auf der ganzen Linie Forderungen gestellt hätten, und die Organisation wäre sicher schon früher dazu übergegangen, wenn nicht die Einigkeit auch in Dresden, trotz relativ guten Standes, immerhin noch zu wünschen übrig gelassen hätte. Aber die enorme Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse im letzten Jahre, hat hier ebenfalls revolutionierend gewirkt und der Zustrom zur Organisation war ein so gewaltiger, daß diese mit guter Aussicht auf einen gewissen Erfolg vorgehen konnte.

Die gestellten Forderungen und die ersten Schritte, die in der ganzen Bewegung unternommen wurden, sind unsern Lesern bekannt, wir wollen aber an dieser Stelle die Hauptvorgänge nochmals kurz streifen.

Der Tarif wurde dem Verbands der Schokoladenfabrikanten eingereicht und auch den einzelnen Firmen mit dem Ersuchen unterbreitet, dahin zu wirken, daß gemeinsame Verhandlungen stattfinden sollten.

Solche gemeinsame Verhandlungen wurden jedoch vom Unternehmerverbande abgelehnt und ebenso die daraufhin von uns vorgeschlagene Vermittlung vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichtes.

Die Herren glaubten hingegen, durch freiwillige Zugaben von ein oder zwei Pfennigen in einzelnen Be-

trieben die Bewegung noch im Reime ersticken zu können; es wurde uns mitgeteilt, daß ein dahingehender Beschluß gefaßt sei. Wenn er gefaßt wurde, so ist jedenfalls Tatsache, daß nur in zwei oder drei Betrieben durch Anschlag eine solche Zulage in Aussicht gestellt worden ist.

Was blieb also der Arbeiterschaft zu tun übrig? Sie war zuerst entschlossen, möglichst schnell die Arbeit niederzulegen, und eine Rieserversammlung der Mitglieder am 11. Oktober folgte — wie auch schon kurz berichtet — nur mit Widerstreben dem Vorschlage der Verbandsleitung, noch einige Tage Frist, und zwar bis zum 15. Oktober, zu

Warum streiken Sie?

Während der Streiks der englischen Eisenbahn- und Hafenarbeiter erließ eine verbreitete englische Wochenzeitschrift die Preisfrage: „Warum streiken Sie?“ für die beste Beantwortung, die auf einer Postkarte erfolgen mußte, war ein Preis von 200 Mk. ausgesetzt. Dieser Preis wurde, wie die Redaktion der Zeitschrift in ihrer letzten Nummer mitteilt, folgender Beantwortung zuerkannt: Als Arbeiter befinde ich mich im Besitz einer einzigen marktfähigen Ware, und das ist meine Arbeitskraft. Ich beanspruche das Recht, diese Ware zu ihrem Marktwert zu veräußern und suche, wie es ja mein kapitalistischer Arbeitgeber auch mit seinen Waren hält, den möglichst hohen Preis dafür herauszuschlagen. Ferner trete ich — wiederum in Uebereinstimmung mit den Methoden meines Arbeitgebers — einer Vereinigung bei, die den Preis, zu dem meine Arbeitskraft verkauft werden kann, festsetzt; wir, die Mitglieder dieser Vereinigung, verpflichten uns, unsere Arbeitskraft unter diesem Preis nicht zu verkaufen. Das Recht, diese Methode anzuwenden, bestreitet mir mein Arbeitgeber, während er sie ungehindert befolgt und anwendet. Wenn ich seine Ware nicht mit dem von ihm festgesetzten Betrag bezahlen will, erhalte ich sie nicht, und wenn er mir den von uns festgesetzten Preis für meine Ware nicht zahlen will, erhält er diese auch nicht. Ich streike!

gewähren, um vielleicht mit einzelnen Großbetrieben durch persönliche Verhandlungen den Tarif zur Anerkennung zu bringen oder mindestens nennenswerte Zugeständnisse durchzusetzen.

Die Fristgewährung lohnte sich. Es gelang zunächst, mit der Waffelfabrik Heidemann (12 Personen), den ganzen Tarif glatt durchzusetzen und weiter mit der größten Waffelfabrik Deutschlands, Gebrüder Hörmann (533 Personen), Vereinbarungen zu treffen, die eine Reihe wesentlicher Verbesserungen für die Beschäftigten brachte; wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Firma schon immer — an dem Maßstabe anderer Betriebe gemessen — leidliche Löhne zahlte. Es erfolgte unter anderem eine Zulage von 2, 3 und 4 s pro Stunde auf die gegenwärtigen Löhne und eine Erhöhung der Einstellungslohne für jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren von 14 auf 17 s; die Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren sollen zuerst 18, die über 18 Jahre alten 20 s, aber nach vierwöchentlicher Beschäftigung im Betriebe 20 resp. 22 s erhalten. Arbeiter zwischen 16 und 18 Jahren bekommen

30 s, über 18 Jahre alte 40 s Minimallohn, und solche die schwere Arbeit zu verrichten haben, 45 s. Diese und andere kleinere Zugeständnisse, durch friedliche Vereinbarung erreicht, waren gewiß anerkennenswert. Aber das Beispiel der beiden Firmen fand keine Nachahmung. Es fehlten zwar in Betrieben der Schokoladenbranche noch Verhandlungen ein; sie führten aber zu keinem Resultat, und es zeigte sich, daß die meisten Unternehmer vorläufig vollständig den Ernst der Lage verkannten. Wo man etwas mehr Einsicht besaß und durch die Massenversammlungen der Arbeiter belehrt worden war, wurde jedoch plötzlich wieder der Wunsch nach gemeinsamen Verhandlungen von Organisation zu Organisation laut. Es kam schließlich zu einer Aussprache mit dem Syndikus des Verbandes der Schokoladenfabrikanten, Herrn Greiert. Dieser nahm daraufhin seine Firmen zusammen (die Zuckerwarenfabrikanten sind bekanntlich in einer andern Vereinigung) und das Resultat war, daß uns der „Industrie- und Arbeiterverband“ als Instanz weiterer Verhandlungen genannt wurde. Bei dieser Streikentscheidungsgeellschaft war auch Bereitwilligkeit zu Vermittlungen vorhanden, aber wir hatten inzwischen aus bestimmtester Quelle erfahren, daß die Fabrikanten beschlossen hatten:

Weitere Zugeständnisse, als die schon angekündigten Lohnzulagen von ein oder zwei Pfennigen gibt es nicht!

Mit diesem Beschluß lag für uns das Feld klar! Die Versammlung am 15. Oktober stimmte nun einer Herabsetzung der Forderungen zu; sie wurden jetzt nur noch einer ausgewählten Reihe von Firmen zugestellt und bis 16. Oktober um Bewilligung oder sofortige Verhandlungen ersucht. Wo diese ausblieb, sollte die Arbeit eingestellt werden.

Die entscheidenden Schläge folgten nun; denn von den Firmen verständigte sich nur noch R. Selbmann (430 Personen), was um so anerkennenswerter ist, da der Unternehmer noch während der Verhandlungen telephonisch bestimmt wurde, sich auf nichts einzulassen. Die Firma rechnet jedoch mit vielen Detailgeschäften, sie deckte sich also lieber den Rücken. Bei den Firmen Hartwig & Vogel, Behold & Aulhorn, Lobeck & Co., Niedel & Engelmann, Rhynast, Lippold sowie Gerling & Rodtroh, waren die Arbeiter gezwungen, die Arbeit einzustellen und prompt marschierten sie am 16. Oktober zu den mittags 1 Uhr angesetzten Versammlungen. Bei der Mehrzahl der Firmen war die Beteiligung der Beschäftigten eine allgemeine; nur bei Hartwig & Vogel ist es zu verzeichnen, daß ungefähr ein Drittel der Beschäftigten stehen blieb. Schuld daran waren dort zum Teil die Laboranten, die noch mangelhaft organisiert sind, weshalb auch die organisierten Kollegen sich verhalten ließen, zunächst noch stehen zu bleiben. Sieben derselben folgten dem Beschlusse noch am dritten Tage, aber das schlechte Beispiel hatte bereits ziemliche Verwirrung hervorgerufen. Am Abend folgten noch die Firmen König Nachf. sowie Schiebler und die niederbayerischen Firmen Manz, Richter & Kunz und Gebr. Lohmann.

Die Verhandlungen mit den bestreikten Betrieben wurden nach Möglichkeit sofort wieder aufgenommen. Es kam auch bald eine Verständigung zustande mit Gerling & Rodtroh (180 Personen), ferner mit Hering (34 Personen), wo es jedoch zu keiner Arbeitsniederlegung gekommen war. Hier wurden Lohnzulagen für die Arbeiter von 3, für die Arbeiterinnen

von 2 pro Woche erzielt und die Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden herabgesetzt. Zulagen für die nächsten beiden Jahre wurden gleichfalls geregelt und der Tarif formell bis 1914 abgeschlossen.

Die Bestrebungen, durch den Industrieschutzverband zu gemeinsamen Verhandlungen zu kommen, sind gleichfalls auf beiden Seiten noch fortgesetzt worden und führen vielleicht in den nächsten Tagen zu einem Resultat.

Der Kampf ist also ein großer und schwerer.

Schwer deshalb, weil selbstverständlich die Firmen alles daransetzen, besonders Hartwig & Vogel, Streikbrecher — vor allem Spezialarbeiter — von außerhalb heranzuziehen, und weil auch in der Großstadt Dresden sich eine Menge berufsloser Elemente zusammensindet, die als Hyänen des Schlachtfeldes zu räubern suchen. Auf die Einzelheiten und widerlichen Erfahrungen, die in dieser Hinsicht gemacht wurden, braucht nicht näher eingegangen zu werden. Hartwig & Vogel nimmt eben einfach unbesehen alles was kommt, und kalkuliert, wenn auch die Gesellschaft nicht arbeitet, so füllt sie doch die Fabrikräume. Aber alle diese Manöver werden den Unternehmern nichts helfen. Es herrscht eine

bewunderungswürdige Einigkeit und Disziplin unter den Streikenden.

Aus deren Reihen sind nur ganz vereinzelte wieder wankelmütig geworden. Besonders eifrig und treu zeigen sich auch die Kolleginnen. Es ist erhehend, wie diese Massen von jungen Arbeiterinnen die ganze Situation in vollem Ernste erfassen haben und in treuer Pflichterfüllung mit ihren männlichen Mitstreitern wetteifern. Gerade das ruft auch die größte Bewunderung und Bestürzung der Unternehmer hervor. Sie begreifen erst, daß alle trennenden Schranken restlos in diesem Kampfe gefallen sind.

Insgesamt stehen 2826 im Streik und für 1202 Beschäftigte wurden bereits die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarife oder Vereinbarungen mit den Unternehmern geregelt.

Wie lange der Kampf dauern wird, das läßt sich zur Stunde noch nicht voraussagen; daß er aber mit einem guten Erfolg beendet wird, dessen sind wir uns heute schon sicher. Die Dresdner Kollegenschaft hat sich durch ihren heroischen Kampf den Dank aller Berufsgenossen in Deutschland verdient, weil sie durch ihre Geschlossenheit als Preisfechter dem Unternehmertum klar machen, daß die Zeiten endgültig vorüber sind, wo vollständige Willkür in den Betrieben herrschte und die Arbeiterin wie der Arbeiter nur als gewinnbringendes Ausbeutungsobjekt betrachtet wurde.

Unsere Organisation muß nun wohl oder übel bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Rate gezogen und anerkannt werden.

An den Kollegen im Reich liegt es aber, nicht nur in dieser Zeit des Kampfes alles zu seiner Unterstützung zu tun, vor allem, daß jeglicher Zuzug ferngehalten wird, sondern mit aller Energie dahin zu streben, daß die Organisation am Orte schlagfertig ausgebaut wird. Das ist der beste Dank, der den Kämpfern in Dresden abgestattet werden kann.

Der Sieg in Dresden wird Euer Sieg sein! Helft daher mit, daß sich kein Kollege zu der ehrlosen Handlungsweise des Streikbruchs verleiten läßt!

Eine Musterleistung falscher Berichterstattung

unternimmt Herr Greiert, seines Zeichens Syndikus des Verbandes Deutscher Schokolade-Fabrikanten, in den „Dresdner Nachrichten“. Er schreibt dort:

„Gegenüber unrichtigen Darstellungen über die Entwicklung des Streiks sei darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber angeichts der allgemeinen Teuerung Lohnaufbesserungen beschlossen hatten, bevor die Arbeiter mit Forderungen an sie herantraten. Diese Lohnaufbesserungen schwankten zwischen 10 und 30 pSt. Die Arbeitnehmerorganisation trat jedoch dann an die Arbeitgeber mit der Forderung heran, einen Tarifvertrag auf drei Jahre abzuschließen, welcher gegenüber den von den Fabrikanten bewilligten Lohnerhöhungen noch solche bis zu 50 pSt. enthielt. Die Industriellen lehnten den Tarifvertrag ab, weil die Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Betrieben außerordentlich verschieden liegen, und weil außerdem gerade in der letzten Zeit mit Tarifverträgen recht schlechte Erfahrungen gemacht worden sind. Solange die Arbeitnehmer die Tarifverträge brechen, ohne daß weder sie noch ihre Organisationen haftbar gemacht werden können, solange bietet der Tarifvertrag keine für die Industrie annehmbare Form des Arbeitsvertrages. Angesichts der in allen Betrieben durchgeführten Lohnaufbesserungen und des einheitlichen Vorgehens der Arbeitgeber bezüglich der weitergehenden Forderungen der Gewerkschaft sprachen sich die Gewerkschaftsführer in den Versammlungen entschieden gegen eine Niederlegung der Arbeit aus, hatten jedoch die Arbeiter nicht mehr in der Gewalt und konnten deshalb den Streik nicht mehr verhindern. Charakteristisch ist es nun, daß die letzten Forderungen der Arbeitnehmer sich von den bereits bewilligten Arbeitslöhnen kaum unterscheiden, ja teilweise sogar niedriger sind. Trotzdem haben die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt; sie sind ohne Kündigung fortgeblieben und haben sich somit des Kontraktbruchs schuldig gemacht. Die Streikbewegung hat übrigens bereits etwas nachgelassen. Während in den ersten Tagen in einigen der betroffenen Betriebe etwa 80 bis 90 pSt. des Personals streikten, sind es jetzt nur noch 70 bis 75 pSt., in andern Fabriken arbeiten sogar über 50 pSt. der Arbeitnehmer. Es steht zu erwarten, daß die Zahl der Streikenden sehr bald weiter zurückgehen und daß in kurzer Zeit der Streik beendet sein wird. Ob es allerdings dann möglich sein wird, alle vorher beschäftigten Arbeiter wieder einzustellen, ist sehr fraglich, da inzwischen Ersatzkräfte gewonnen sind.“

Die Darstellung, die hier Herr Greiert im Interesse seiner Arbeitgeber gibt, kann, wenn sie sich der Herr nicht aus den Fingern gesogen hat, nur auf schwindelhaften Mitteilungen der Unternehmer an ihn beruhen. Beschlossen haben diese nämlich erst eine Lohnerhöhung, als die Bewegung der Arbeiterschaft bereits im Gange war und sie die Wünsche ihrer Leute ganz genau kannten. Ihr Beschluß lautete auf nur 1 und 2 pSt. Lohnerhöhung pro Stunde und wurde nur ganz vereinzelte ausgeführt! Würde uns Herr Greiert vielleicht wissen lassen, wo bis zu „30 pSt.“ Zulagen gewährt wurden? Daß unsere Forderungen bedeutend höher lauteten als die in Aussicht gestellten winzigen Lohnerhöhungen, war allerdings selbstverständlich, daß aber die „letzten“ Forderungen, die der Verband stellte, nun von den freiwilligen Zulagen kaum noch zu unterscheiden sind, ja teilweise darunter gehen sollen, ist heller Unsinn. Wenn es zuträfe, wäre es ja um so weniger zu verstehen, daß die Unternehmer es zum Streik kommen ließen; denn sie haben diese ermäßigten Forderungen bereits in Händen gehabt, ehe die Arbeit ein-

gestellt wurde. Die Frage eines Tarifes war obendrein zuletzt ganz außer Betracht gelassen worden, so daß die Bedenken gegen einen solchen erst recht hinfällig waren. Uebrigens wollen wir hier feststellen, daß Herr Greiert nach seinen eigenen Worten selbst derjenige war, der sich gegen jede tarifliche Abmachung wendete — er hat also die Unternehmer erst recht scharf gemacht, und ihm ist es zu danken, daß der ganze Kampf so ernste Formen angenommen hat.

Unwahr sind auch seine Angaben über das Prozentverhältnis der Streikenden. Wenn wir aber auch hier annehmen wollten, der Herr wäre nicht angegeschwindelt worden, so mögen es die Unternehmer nur ruhig versuchen mit 50 und 25 pSt. der gewöhnlichen Belegstärke jetzt in der Hochsaison die Arbeit zu bewältigen.

Die Sorge am Schluß seiner Ausführungen, daß die Streikenden nicht wieder eingestellt werden könnten, hätte sich der Herr auch sparen sollen; die Unternehmer werden glücklich sein, wenn sie ihre alten eingearbeiteten Kräfte wieder erhalten.

Gegen die positive Arbeit und Werbekraft der modernen Arbeiterbewegung.

II.

„Jedem das Seine.“

Wenn man sieht, nach welcher niedrigen Grundfäden und mit welcher niedrigen Mitteln die moderne Arbeiterbewegung von den industriellen und agrarischen Scharmachern bekämpft wird, so erscheint vor allem die Tatsache erstaunlich, daß ein solcher Kampf noch die Unterstützung weiterer Bevölkerungskreise und der Regierung findet. Erfreulicherweise werden vereinzelt auch in fortschrittlichen Kreisen des Bürgertums Stimmen laut, die derart niedrige Kampfsmittel verwerfen. So nahm auch das „Berliner Tageblatt“ Stellung gegen die Treiber der Arbeiterfeinde gegen die Konsumvereine, wobei sie die Mittelstandsfeindlichkeit als Heuchelei aufdeckt. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb dazu:

„Nach agrar-konservativer Auffassung, die neuerdings auch vom Zentrum unterstützt wird, ist der Staat eine Einrichtung zum Schutze der Produzenten, in erster Linie natürlich der Großproduzenten. Gegen Syndikate, die den Verkauf der Kohle oder des Kalis monopolisieren und den Konsumenten die Preise diktieren, haben die Schwarzblauen nichts einzuwenden. Auch die „ringbildende“ Kraft von Milch und Spiritus wissen sie zu schätzen. Wenn aber die Konsumenten nachmachen möchten, was die allmächtigen Produzenten ihnen vorgemacht haben, dann entdecken Zentrum und Konservativie a tempo ihr Herz für den — Mittelstand.“

Es ist wirklich rührend, zu sehen, mit welchem Eifer die Arbeiterbewegung im Interesse des Kleingewerbes, des Großhandels und privater Produzenten von den industriellen und agrarischen Scharmachern, diesen wahren Menschenfreunden, bekämpft wird. Diese Menschenfreunde richten ihr ganzes Gebaren darauf ein, als komme es ihnen auf die Bekämpfung einseitiger Bestrebungen, auf die Unterordnung der eigenen Interessen unter die Interessen des Gemeinwohls an. So schrieb der konservativ Reichstagsabgeordnete Dr. Koesike in einer vor einiger Zeit herausgegebenen Festnummer der konservativen „Halle'schen Zeitung“:

„Möge die Zeitung auch von ihrer neuen Arbeitsstätte aus in gewohnter Weise und mit wachsendem Erfolge die Interessen des gesamten deutschen und preussischen Vaterlandes dadurch verfolgen, daß sie den wahrhaft konservativen Geist fördert und pflegt, der, an das Vergangene und Bestehende anknüpfend, den neuen Gestaltungen gerecht zu werden sucht, den Geist, der, entgegen den einseitigen Bestrebungen des Großkapitals und der Sozialdemokratie, die nur die Unzufriedenheit zu mehreren sucht, den alten Wahlspruch der Hohenzollern vertritt: „Jedem das Seine.“ Nur dann, wenn jeder auch dem andern das Bestehen und Leben gönnt und daher die eigenen Interessen den Interessen der Allgemeinheit unterzuordnen bereit ist, wird der sichere Be-

Schimpf- und Scheltworte über die Bäcker.

Ein deutscher Sprachforscher, Dr. Heinrich Kleng, der schon ein schönes Buch über die deutsche Druckerprache veröffentlicht hat, läßt nun eben in dem Straßburger Verlage von Karl J. Trübner ein Scheltenwörterbuch: Die Berufs-, besonders Handwerkersehnen und verwandtes, erscheinen. Wir finden da viele Hunderte Berufe angeführt mit ihren Schimpf- und Spott-, Ekel- und Med-, Spitz- und Scherznamen aus dem Volksmunde Nord-, Mittel- und Süddeutschland; auch hat der Verfasser aus der deutschen Literatur des 16. Jahrhunderts bis in die Gegenwart Handwerkerbezeichnungen gesammelt. Dabei haben die Niederdeutschen und die vielfach aus dem Hebräischen stammenden Gaunerwörter eine weitgehende Berücksichtigung erfahren. Auch über die Bäcker und über die Konditoren findet man da manches Wort, freilich nicht immer lobender Art. Trotzdem wird es unsere Leser interessieren, diese Worte, von denen er einzelne kennt, schön zusammengestellt zu finden.

Das Wort Teigaffe für Bäcker soll auf heidnischen Ursprung zurückzuführen sein, Schaille erinnert an die Gebäde in der Form heiliger Tiere, zum Beispiel eines Ebers, er weist besonders auf „Hornaffe“ hin, das im Jahre 1397 als Backwerk in den andern alten Schriften für Bäcker vorkommt. Aus dem Worte Teigaffe ist das Wort Affe entstanden, das in der Kundensprache vorkommt. In der Gaunersprache heißt der Bäcker Aufner. In der Studentensprache heißt er Banniser, das aus dem mittellateinischen panis (Brotmacher) entstanden ist. Der Teigaffe, von dem wir schon gesprochen haben, heißt im Berliner Dialekt Deeschaffe; bei dem Berliner Humoristen

Glabrenner kommt der Bäcker als verknietergeschaffte vor, im Mecklenburgischen heißt dieses liebe Wort Deigap, in der Kundensprache kommt das Wort vor Gottesgabendresler. In Sachsen, übrigens auch im Fränkischen, findet man das Wort Hugelbäcker, das ist der Mann, der verschmupfte Brötchen backt. Aus Dresden wird der Name Tartute überliefert. Der Name soll daher kommen, daß die abgetrichene Wadnare in die „Tartästen“ geschoben wird, wo sie gart, das heißt von der Gese aufgetrieben wird. Dieses Garen wird von den Bäckern auch im Sinne von Nicken während der Arbeit gebraucht; also, daß es soviel wie Schlafmüde bedeuten kann. In der Kundensprache kommen vor die Worte Kennschütz, Knödel, Lehmschütz, Semmelschmied, Teighildhauer, Weisheits-schieber. Noch häufiger sind die Namen aus der Gaunersprache, so Legumschieber, wobei Legum soviel bedeutet wie Lehm, das aus der hebräischen Bezeichnung Lehem für Brot stammt. Damit hängen zusammen weitere Bezeichnungen, wie Lehmer, Lehmpflanzer, Lehmschütz, aber auch in weiteren Verstümmelungen Löbensschütz, wobei Löben wahrscheinlich aus der schon angegebenen hebräischen Bezeichnung für Brot verstümmelt ist, und das Schütz aus dem Hebräischen Schezek (Gruel) stammen soll; doch sind die Sprachforscher über die Quelle und Ursache dieser Bezeichnung im Unklaren. Jedenfalls dürfte das Wort verwandt sein mit dem Worte Löwenschütz, das in einem Loblied der Bäcker aus dem 17. Jahrhundert vorkommt. Es hängt wohl diese Bezeichnung weniger mit der hebräischen Wurzel zusammen, von der wir sprachen, als mit der Ueberlieferung, daß Kaiser Karl IV. den Bäckern im Wappen zwei Löwen, die eine Krone halten, verliehen hatte. Der Löwe ist das Attribut des Evangelisten Markus, und dieser gilt als Patron für eine gute Ernte, an

der die Bäcker interessiert waren. Die letzte Silbe Schütz wird auf den Bäckerausdruck, „die Meister-Schüsse Baden“, für das Meisterstück backen zurückzuführen sein. Das Wort schießen, das mit Schütz zusammenhängt, kommt auch sonst in der Bäckersprache vor; man spricht davon, daß man das Brot in den Ofen schiebt, man nennt den ersten Bäckergehilfen den Schiefer. Eine den meisten ganz unverständlich klingende Bezeichnung ist aber leicht aus der vorstehenden Erklärung des Löwenschützen zu begreifen: es ist die Bezeichnung Markuszbruder oder Sankt Markuszbruder. Die einen führen diese Bezeichnung auf den heiligen Markus als den Schutzpatron der guten Ernte zurück, die andern auf die rege Beteiligung der Bäckergehilfen an der im Jahre 1487 von Kaiser Friedrich III. privilegierten Bäcker-Gesellschaft St. Markus von Löwenberg in Frankfurt a. M. Der Gaunersprache entstammen auch die Bezeichnungen Maropflanger und Marofschieber, die aus der Zigeunerbezeichnung Maro für Brot herrühren sollen.

Werkwürdig sind die Bezeichnungen wie Kessel-Gauze. Es soll die Bezeichnung der Drehelbäcker sein, die das Feuer unter dem Kessel in acht nehmen sollen. Eine lustige Bezeichnung ist die des Riß in'n Aßen, das die niederdeutsche Uebersetzung der Worte Guß hinter'n Ofen ist. Ebenso stammt aus dem Niederdeutschen die Bezeichnung Knuemfeschdreier, was Brötchendreher heißen soll, da Knüemfen soviel wie Brötchen heißt. Niederdeutsch ist auch das Wort Luffentramper, wobei Luffe der Name eines Gebäcks und Tramper soviel wie Treter heißt. Die Müller verspotteten die Bäcker früher als Mantelherrn, und da das Jahresfest der Bäcker hier und dort Wurm-fest heißt, so heißen die Bäcker auch hier und da Mchlwürmer. (Schluß folgt.)

stand des Vaterlandes und seine glückliche Entwicklung gewährleisten sein."

Nun, warum gönnt man dann nicht auch der organisierten Arbeiterschaft das Bestehen und Leben? Weil ganz einfach die besitzenden und herrschenden Klassen ihre Sonderinteressen nicht dem Gemeinwohl unterordnen wollen und können. Weil die besitzenden und herrschenden Klassen unter der „Unterordnung unter die Interessen der Allgemeinheit“ die Unterordnung der Volksinteressen unter die eigenen Sonderinteressen verstehen! Und weil es so ist, deshalb sah sich das arbeitende Volk gezwungen, zur organisierten Selbsthilfe seine Zuflucht zu nehmen. Da natürlich diese organisierte Selbsthilfe der arbeitenden Klassen die Sonderinteressen der besitzenden und herrschenden Klassen beeinträchtigt und bedroht, sucht man sie zu erschweren und unmöglich zu machen. Deshalb auch soll sie unfruchtbar sein und bleiben; deshalb auch dichtet man ihr eine volksverhöhnende und negierende Tendenz an, die nur geeignet sei, Unwillen und Unzufriedenheit zu sähen.

Doch weil aber die besitzenden Klassen ihre überwiegende wirtschaftliche und politische Macht dazu ausnützen, ihre Sonderinteressen in der skandalösesten und offenkundigsten Weise auf Kosten der Interessen der Allgemeinheit zu verfolgen, bleibt zu ihrem Schrecken all ihr verleumderisches und gewalttätiges Vorgehen gegen die moderne Arbeiterbewegung ohne den erhofften Erfolg. Durch nichts können sie es mehr verhindern, daß der von ihnen erheuchelte Grundsatz: „Jedem das Seine“, von der modernen Arbeiterbewegung in die Tat umgesetzt wird.

Es ist den besitzenden Klassen gar nicht darum zu tun, einseitige und daher die Interessen der Allgemeinheit schädigende Bestrebungen zu bekämpfen, denn alsdann müßten sie ihre eigenen Bestrebungen bekämpfen. Es ist ihnen gar nicht darum zu tun, dem Mittelstand zu helfen, denn sie haben den Mittelstand längst ihren Sonderinteressen dienstbar gemacht. Nicht: „Jedem das Seine“, sondern: „Uns alles“, das ist der Grundsatz der besitzenden Klassen.

Es ist ein einfach Schwindel, wenn die agrarischen, industriellen und konfessionellen Arbeiterfeinde vorgeben, nur aus purer Menschen- und Mittelstandsfreundlichkeit das Koalitionsrecht bescheiden und unmöglich machen zu wollen. „In Wahrheit“, so ergänzte das „Berliner Tageblatt“ seine Ausführungen zu der reaktionären Heße gegen die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungskasse, „sind es natürlich die Herren Großagrarier und ihre schwarzen Schutzheiligen selber, die das Erstarken unabhängiger Organisationen der Konsumenten fürchten wie das höllische Feuer. Haben doch die feudalen Schnapsbrenner beim Schnapsboikott zum ersten Male die Macht der Konsumenten empfindlich zu spüren bekommen! Wie wärs mit einem Gesetz, das den Konsumenten das Koalitionsrecht gänzlich entzieht und es den „produktiven Ständen“, vom Kohlenbaron und ritterlichen Schnapsbrenner an aufwärts, vorbehält? Das wäre erst die Krönung von Deutschlands agrarischer Gesetzgebung, und Herr Kirdorf und der Zentralverband (der Industriellen) wären gleich mit dabei.“

Für die industriellen und agrarischen Scharfmacher heißt es: Hinweg mit dem Koalitionsrecht, damit der Schrecken von uns weicht und wir wieder ungestört die Volkskraft ausbeuten und ausrauben können. Darum, Frauen und Männer des arbeitenden Volkes, haltet fest zur Organisation!

Die Herrschaft des Hefesyndikats.

(Ein neuer Anschlag gegen ringfreie Fabriken.)

Die Vorgänge in der Hefeindustrie gestalten sich je länger je mehr zu einer eminent politischen Angelegenheit. Mehrfach ist an dieser Stelle auf die Differenzen im Hefesyndikat hingewiesen worden, die in der Hauptsache durch eine außenstehende Hefefabrik entstanden, der es gelang, ein neues Hefebereitungsverfahren zu erwerben. Nach dem neuen Spiritusgesetz der Reichsfinanzreform hatte man in den Kreisen der Hefefabriken mit der Unmöglichkeit einer neuen Konkurrenz gerechnet. Dieses neue Spiritusgesetz, dessen Entwurf von der Spirituszentrale stammt und in allen Teilen den Interessen des agrarischen Ringes angepaßt wurde, setzt für die Brenner eine Abgabe von M 24 für je 100 Liter Ueberschreitung des ihnen zugeordneten Produktionsrechtes fest. Zum Ausgleich für diese Belastung wird alsdann bestimmt, daß neue Fabriken überhaupt kein Produktionsrecht erhalten, sondern für ihre gesamte Produktion die Abgabe von M 24 für 100 Liter zahlen müssen. In Verbindung mit andern Schönheiten des Gesetzes, insbesondere der Erweiterung des Denaturierungsmanges, war gegen Spiritus- und damit Hefefabriken die Sicherung vor jeder neuen Konkurrenz geschaffen worden.

Man hatte eben nur an den technischen Fortschritt nicht gedacht, der sich aber bald nach der Errichtung des Hefesyndikats einstellte. Das vielerwähnte neue Hefebereitungsverfahren macht es Betrieben, die es zur Anwendung bringen, möglich, sich außerhalb des Spiritusgesetzes zu stellen, weil die Hefeausbeute dabei bis auf 50 pZt. steigt, so daß auf die geschäftliche Verwertung des Spiritus verzichtet werden kann. Bei dem alten Verfahren ist die Ausnutzung des als Nebenprodukt gewonnenen Spiritus aber eine Voraussetzung der Rentabilität. Nun erwarb die Firma Paul Wulf in Hamm dieses dem Syndikat so peinliche Verfahren und drang mit seinem Wettbewerber schnell und siegreich gegen die Syndikatsbetriebe vor. Zunächst schritt das Syndikat zu einer Preisserhöhung in dem Abgabebereich der Firma Wulf um 3 s für das Pfund; nachdem eine beabsichtigte allgemeine Herabsetzung um 10 s für das Pfund auf heftigen Widerstand in der Gesellschafterversammlung des Syndikats gestoßen war. Kennzeichnend für die Zwangspolitik der Syndikate, die fortwährend über einen zusammengelegenen Terror der Arbeiterschaft zern, ist der vor einiger Zeit gefaßte Beschluß, von dem Mitgliede des Hefesyndikats, der Aktiengesellschaft Wulf in Berl i. W., die Konventionalstrafe von M 100 000, die auf Beteiligung an einem Außenleiter-Unternehmen durch die Satzungen eingeführt ist, einzufordern,

obwohl die Aktiengesellschaft Wulf mit Entschiedenheit befreit, an der Neugründung ihres früheren Vorstandes Paul Wulf, des Inhabers der Firma, die über das neue Hefebereitungsverfahren verfügt, mittelbar oder unmittelbar beteiligt zu sein. Das Syndikat begründet sein Vorgehen gegen die Aktiengesellschaft Wulf mit der gleichfalls bestrittenen Behauptung, daß Herr Paul Wulf zu der Zeit, als er noch Direktor der Aktiengesellschaft war, Bestellungen auf Maschinen für das neuerrichtende Unternehmen gemacht haben soll. Schon nach wenigen Wochen der Konkurrenz zwischen der Firma Wulf in Hamm und dem Hefesyndikat, drohte der Syndikatsvertrag in die Brüche zu gehen, doch plötzlich verlautete, daß die Hefesyndikalisten wieder in Frieden zusammengekommen wären. Herbeigeführt wurde dieser Umschwung durch einen merkwürdigen Vorfall. Die Firma Paul Wulf in Hamm hat nämlich ihre Fabrik aus sanitätspolizeilichen Gründen schließen müssen, da eine Beschwerde erhoben wurde, daß der Geruch des ablaufenden Spiritus, auf dessen Verwertung, wie hervorgehoben, bei dem neuen Verfahren verzichtet werden muß, gesundheitsgefährlich sei. Daraufhin wurde die Fortführung des Wulfschen Betriebes untersagt.

Bevor dem Syndikat dieses seltsame Glück widerfahren war, hatte es mit der Firma Wulf in Hamm wegen Aufgabe der Konkurrenz gegen Zahlung von Abfindungen verhandelt; eine Einigung kam indes nicht zustande. Es heißt, daß Wulf vor der Eröffnung seines Betriebes für die Abfindung von seinen Plänen eine jährliche Abfindung von M 100 000 bis 120 000 gefordert habe. In seinen Ansprüchen legte sich Herr Wulf sicher-

Zuzug nach den Bezirken, wo die Kollegen und Kolleginnen in Lohnkämpfen stehen, ist strenge fernzuhalten! Klärt allerorts die Beschäftigten in der Großindustrie durch Abhalten von Versammlungen über die Kämpfe, die jetzt ausgefochten werden, auf!

lich keine Beschränkungen auf; er wußte, welche enormen Summen als Abfindungen von dem Hefesyndikat bereits an andere Seiten gezahlt worden waren. Erst vor wenigen Wochen erwarb das Hefesyndikat die Außenseiterfabrik in Lippehe bei Aüstrin (Inhaber Krebs & Mierke), die nach Gründung des Syndikats entstand und auf eine jährliche Produktion von etwa 15 000 Zentnern Hefe eingerichtet war. Noch viel teurer als dieser Kauf war für die Kasse des Syndikats gleich nach seiner Gründung die Auseinanderziehung mit den Melassebrennereien. Bei der Beratung des Spiritusgesetzes hatten seine Mäcker, die Leute der Spirituszentrale, unerwähnt gelassen, daß drei Melassebrennereien in einem steuerlichen Ausnahmeverhältnis stehen und in Hefebrennereien umgewandelt werden könnten, ohne ihre steuerliche Vorzugsstellung dadurch nennenswert zu verschlechtern. Das Hefesyndikat mußte nun im Frühjahr vergangenen Jahres plötzlich erfahren, daß zwei dieser Melassebrennereien im Besitze eines Herrn Untucht waren, der Direktor der Spirituszentrale ist. Herr Untucht forderte von dem Syndikat die Zahlung von einer Million Mark; als Gegenleistung versprach er, auf die von ihm geplante Umwandlung seiner zwei Melassebrennereien in Hefebrennereien zu verzichten. Zwar erfüllte das Hefesyndikat diese „bescheidene“ Forderung nicht ganz, es sicherte ihm jedoch den jährlichen Bezug von M 50 000, indem es ihm ein Produktionsrecht auf seine Melassebrennereien in Höhe von 10 000 Zentnern pro Jahr zugestand, das er an die Sinner-Gesellschaft überträgt und von Sinner dafür M 5 pro Zentner erhält. Da das Abkommen für die Dauer von zehn Jahren gilt, hat Herr Untucht von dem Hefesyndikat die Summe von insgesamt M 500 000 zu bekommen. Zugleich hatte die Spirituszentrale von den Hefefabriken, die sich ihr bisher noch nicht angeschlossen hatten, den Beitritt gefordert, ein Verlangen, das bei dem Vertragsabluß mit dem Spiritusdirektor Untucht von den meisten noch ringfreien Hefefabriken vollzogen wurde.

Durch diese Verbindung hat sich das Hefesyndikat ganz unter die Oberleitung der agrarischen Spirituszentrale gestellt. Nur auf den Einfluß des vielvermögenden Spiritusringes kann es zurückgeführt werden, daß der Bundesrat sich jetzt mit dem Plan beschäftigt, auch diejenigen Hefefabriken dem Spiritusgesetz und damit der Spiritusbesteuerung zu unterstellen, die den Spiritus in keiner Form verwenden, sondern abfließen lassen. Welche Zwecke mit dieser Erweiterung des Spiritusgesetzes erfüllt werden sollen, ist nur zu klar. Es soll den alten Hefefabriken, die sich des Schutzes der agrarischen Justizpolitik aus den dargestellten Gründen erfreuen, jede neue Konkurrenz vom Halbe geschafft werden. In der Praxis würde das dem Bundesrat vorliegende Projekt die Unterbindung des technischen Fortschrittes in der Hefeindustrie und die schrankenlose Alleinherrschaft des Hefesyndikats bedeuten. Für die Kosten dieses bornierten Systems haben die Hefeverbraucher aufzukommen, die ohnedies durch die kolossalen Abfindungssummen, die das Hefesyndikat an den Spiritusdirektor Untucht und andere Leute gezahlt hat und noch zahlt, stark belastet werden. Die Wirtschaftsinteressen des deutschen Volkes müssen schweigen, wenn der Profit der alten Hefefabriken und die Renten der Kostgänger des Hefesyndikats in Frage kommen; denn die Hefeindustrie steht unter dem Schutze des Spiritus-

ringes, jener Gesellschaft, die in Preußen-Deutschland mächtiger ist als alle Ministerien zusammen. Deshalb wird der Hefekandal in Deutschland so lange andauern, bis das Volk der agrarischen Schandwirtschaft das verdiente Ende bereitet.

Winterarbeit.

In Nr. 39 wurde bereits in einer Abhandlung die Frage behandelt: Wie fördern wir den Versammlungsbesuch? Nun erhalten wir unter obiger Ueberschrift nachstehende Arbeit, die wir ebenfalls unverkürzt den Mitgliedern unterbreiten:

Mürrisch präsentiert der graue Spätherbsthimmel sein bleifarbenes Gesicht. Baum und Strauch stehen entblättert und ein rauher Wind durchstreift das Gelände und färbt die Wangen des Wanderers frostrot. Der Winter steht vor der Tür mit seiner Kälte, seinem Schnee und seinen Eischollen.

Für große Schichten des Proletariats bedeutet der Winter eine Etappe verstärkter Not, die sich diesmal angefaßt der herrschenden Teuerung noch ganz besonders fühlbar machen wird. Für die Bourgeoisie aber ist die Winterzeit ein Abschnitt glänzender Soireen und rauschender Festlichkeiten. Und die „staatserkaltende“ Klatsch- und Sensationspresse wird wieder über lullische Genüsse und kostbare Roben der honetten Gesellschaft berichten können. . .

Auch die Arbeiterschaft hat im Winter ihr bescheidenes Unterhaltungsprogramm. In großen Städten sorgen Bildungsausgänge dafür, daß dem Proletariat für wenig Geld eine Unterhaltung geboten wird, die es sittlich hebt und geistig weiterbildet. Allerdings können viele Arbeiter sich auch an diesen einfachen und zur Hebung des proletarischen Wissens so notwendigen Veranstaltungen nicht beteiligen. Das Gepeinst der Arbeitslosigkeit verhindert das, und wohl dem, den es mit seinem kalten, erbarmungslosen Hauch verschont und der den bitteren Kelch des Proletariats nicht bis auf die letzte Reige leeren muß. . .

Neben den Veranstaltungen zu ernster Unterhaltung, und damit zur Hebung des allgemeinen Wissens und der Bildung der Arbeiterschaft, birgt der Winter noch eine weitere und sehr wichtige Mission für das Proletariat in sich. Das ist die Pflege des Vereinslebens, und hierunter fällt vor allem auch das gewerkschaftliche Versammlungsleben. Gewöhnlich werden die Winterveranstaltungen besser als die Sommerveranstaltungen besucht. In der lauen Jahreszeit ist auch zumeist der Versammlungsbesuch lau. Der Aufenthalt in freier und frischer Natur ist zu verlockend und wird von vielen Arbeitern dem Versammlungsbesuch vorgezogen. Das aber fällt für den Winter weg und deshalb im allgemeinen im Winter ein regeres Vereinsleben und als dessen Extrakt ein besserer Versammlungsbesuch.

Mit dieser sich aus den wirtschaftlichen und jahreszeitlichen Umständen ergebenden Ursache haben wir zu rechnen und danach unsere Maßnahmen zu treffen. Jeder in der Gewerkschaftsarbeit erfahrene Kollege weiß, welche Wichtigkeit die Versammlungen für uns haben. Es gilt hier, die Kollegen über unsere notwendige Taktik und unsere Einrichtungen zu unterrichten und ihnen volkswirtschaftliche Aufklärung zu verschaffen. Der Arbeiter soll mit einem Wort eingehend darüber belehrt werden, weshalb er organisiert ist. Und da der Winter erfahrungsgemäß für den Besuch der Versammlungen weitaus günstiger als jede andere Jahreszeit liegt, darum ist es nötig, die Versammlungen auch so zu gestalten, daß sie wirklichen und bleibenden Wert haben und unsere Mitkollegen zu überzeugten Mitarbeitern in der Organisation heranzubilden.

Unter Würdigung dieser Tatsache müssen wir darauf bedacht sein, unsere Versammlungen auch interessant zu gestalten. Vornehmlich muß endlich einmal mit dem leider heute immer noch vielfach gebräuchlichen und landläufigen Schema der Tagesordnung gebrochen werden. Immer noch lehrt vielfach die Tagesordnung unserer Versammlungen in folgender Weise wieder: „1. Einkassieren der Beiträge. 2. Verlesen des Protokolls. 3. Wahlen. 4. Kartellbericht. 5. Verschiedenes.“ So oder ähnlich sieht noch in vielen Gewerkschaftsversammlungen die Tagesordnung aus. Eine solche Tagesordnung übt aber auf viele Arbeiter keinen Reiz aus und ihre beliebte Ausrede, die Versammlung deshalb nicht zu besuchen, weil sie wenig Beliehendes bietet, hat unter solchen Umständen einen gewissen Schein von Berechtigung. Allerdings nur einen Schein. Denn ein echter Gewerkschaftler wird nie ohne zwingenden Grund der Versammlung fernbleiben. Immerhin aber ist notwendig, auch den Schein zu vermeiden, und deshalb muß die Tagesordnung so gestaltet werden, daß sie schon durch ihre äußere Signatur besser ausspricht und Interessantes bietet.

Die Punkte „Einkassieren der Beiträge“ und „Verlesen des Protokolls“ sind als Tagesordnungspunkte überflüssig. Die Beitragszahlung läßt sich dort, wo sie in den Versammlungen vorgenommen wird, bereits vor deren Eröffnung betreiben und erlebigen und das Verlesen des Protokolls ist eine so selbstverständliche Sache, daß es vor Eintritt in die Tagesordnung erledigt werden kann und nicht als besonderer Punkt zu behandeln ist. Dafür sehe man aber als ersten Punkt ein zugkräftiges Vortragsthema mit einem Referenten an. Es ist nicht am Platze, hier einzukommen, daß nicht immer ein tüchtiger Referent zu beschaffen sei und das Referat mit einigen Geldkosten verknüpft ist. Bei einer stärkeren Mitgliedschaft kommen die letzteren übrigens wenig in Betracht. Und wenn wirklich kein Referent vorhanden sein sollte, dann muß ein intelligenter Kollege versuchen, über irgend eine Tagesfrage einen Vortrag zu halten. Dankbares Material ist stets vorhanden; wir erinnern nur an die jegige Lebensmittelteuerung. Und der Versuch eines Referats über solche leichtflüssigen Thematika dürfte bei einiger Routine auch stets gelingen. Jedenfalls aber löst ein solcher Vortrag eine Diskussion aus, die bei einigermaßen guter Behandlung auch interessant und anregend wirken muß.

Wo trotzdem irgendwelche Hindernisse vorliegen, um ein Referat auf die genannte Weise halten zu lassen, da verlese man einen interessanten Artikel aus der Arbeiterpresse und knüpfe daran eine Diskussion. Bei dieser Gelegenheit sei

auch an unser Verbandsstatut erinnert. Ueber dessen Inhalt und Auslegung herrscht unter unsern Kollegen noch vielfach große Unkenntnis. Ein wie leichtes und dankbares Unternehmen ist es, unser Statut paragrafenweise in der Versammlung durchzunehmen und an der Hand eines Leitfadens oder von Erfahrungen aus der gesunden Praxis zu erläutern und dadurch manches Mißverständnis aufzuheben! Schon mit dieser so einfachen wie nahe liegenden Materie lassen sich eine Reihe Versammlungsabende in guter und praktischer Weise ausfüllen. . . .

Es erhellt aus diesen wenigen Zeilen, daß eine Menge Stoff vorhanden ist, der unsere Versammlungen ohne weiteres auf ein höheres Niveau heben und sie interessanter als bisher gestalten kann. Unsere Zahlstellenleitungen brauchen nur ins volle Menschenleben hineinzugreifen. Bei offenem Sinn und Kopf werden sie stets etwas erfassen, das sie zum Nutzen unserer Bewegung in den Versammlungen ausnützen können.

Nun noch zum Punkt „Verschiedenes“ oder „Eventuelles“. Dieser Punkt steht nach allen bisher gemachten Erfahrungen in keinem besonders guten Geruch. Vor allem beliebt es manche Kollegen, bei dieser Gelegenheit Kleinliche und persönliche Streitereien auszutragen. Das aber wirkt zumeist deprimierend und stellt oft den bisher harmonisch verlaufenen Gang der Versammlung in Frage. Ein guter Versammlungsschluß aber ist die Würze des Ganzen. Deshalb vermeide jede Leitung strengstens, daß Streitigkeiten persönlicher Natur sich in der Versammlung ausbreiten. Derlei unliebame Dinge erledigt man am besten schon vorher in einer Vorstandssitzung und erteilt dann über das Ergebnis in der Versammlung einen kurzen Bericht. Keineswegs aber gehören solche störenden Momente in aller Breite vor das Forum einer Versammlung. Unter „Verschiedenes“ erledige man Kartellberichte und sachliche technische Fragen, dann erhält auch nach einem kurzen, zusammenfassenden und anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden jede Versammlung einen harmonischen Abschluß.

In der vorgedachten Weise möge also versucht werden, unsere Versammlungen zu dem so überaus wichtigen Faktor zu gestalten, der sie in unserer Organisation sein sollen. Wird dann noch die mündliche Agitation gepflegt, und auch hierin eignet sich der Winter ganz vorzüglich, dann wird unsere Organisationsarbeit auch eine nützbringende sein und unsern Verband so gestalten, daß er der kommenden Frühjahrskampagne gestärkt und wohlgeappnet entgegengehen kann!

Das versteht man unter praktischer und fruchtbarer Winterarbeit!

Rückblick auf die Lohnbewegung in der Zuckerwarenbranche in Herford i. W.

Im Vorjahre wurde bei einer Firma ein Tarif, wenn auch in ganz bescheidenem Rahmen, mit unserer Organisation abgeschlossen und bei zwei andern Firmen Lohn erhöhungen für die Kollegenschaft erzielt. Es war daher ganz natürlich, daß auch dieses Mal wieder etwas zur Besserstellung der Lebenslage für die Mitglieder geschehen mußte. War doch mittlerweile durch die Regierungspolitik in Form der Zölle und Grenzabsperrungen, ferner durch das ungerechte indirekte Steuersystem dem arbeitenden Volke hauptsächlich die Lebenshaltung äußerst beschränkt worden. So kam es, daß in Betriebsversammlungen für alle hiesigen Fabriken die Notwendigkeit, mehr verdienen zu müssen, eingehend besprochen und beschlossen wurde, in fünf Betrieben in die Lohnbewegung einzutreten. Vier Firmen wurden sodann Lohnanträge zugesandt, und zwar an die Firmen Weinberg, Barmeyer & Flachmann, Dressing & Dietmann und Müller, während eine fünfte Firma nicht mit einbezogen werden konnte, weil die dortigen Kollegen im letzten Augenblick abstimmen, daß die Forderungen nicht eingereicht werden sollten.

Die von den Firmeninhabern erbetenen Antworten liefen dann auch prompt ein und bewegten sich sämtlich in dem Rahmen, man wolle mit der Organisation nichts zu tun haben und habe den Tarif dem Arbeitgeberverband übermitteln. Man dachte nicht entfernt daran, mit den Arbeitern irgendwelche generell bindenden Abmachungen treffen zu wollen, sondern man verschänzte sich hinter die hiesige Arbeitgeberorganisation und wollte sich mit den Leuten allein einigen, eventuell die Arbeiterausschüsse mit hinzuziehen, aber unter keinen Umständen einen Tarifvertrag und vor allem ja nicht die Vertreter der organisierten Arbeiter zu irgendwelchen Verhandlungen hinzuziehen. Immer noch die alte Methode voll Hochmut und Herrenmoral wie 1904, als noch Herr Flachmann seine guten und geduldigen Arbeitsbienen mit den Rosenamen „Dämliad“ und „Kindvieh“ zu belegen sich ungestraft erdreisten durfte. Die Herren pochen also auf ihre Organisation als selbstverständlich, aber den Arbeitern das ebenso selbstverständliche gleiche Recht zugestehen, das erlaubt ihr Prozedentum nicht.

Die tariflichen Forderungen waren so minimal, daß sie bei gutem Willen und durch Verhandlungen etwa noch in diesem oder jenem Punkte reduziert, bewilligt werden konnten. Es handelte sich um Minimallöhne; verschanzten sich doch immer die andern Fabrikanten in andern Berufen bei Lohnkämpfen dahinter, daß in der Herforder Zuckerwarenindustrie, zumal für jugendliche und weibliche Arbeiter, wahre Schandlöhne gezahlt würden, während sie selbst nun erheblich höhere Löhne zahlen sollten. Daß unsere Forderungen nicht einmal, den Lohn betreffend, von den Fabrikanten als unbillig gefühlt wurden, beweist ein interessantes Dokument. Da steht zu lesen: „Da es sich bei dieser Lohnbewegung weniger um die Bewilligung höherer Löhne, als um Anerkennung sonstiger Bedingungen, durch die den Arbeitgeber die Hände gebunden werden sollen“, handelt. Ferner heißt es dann, „daß auf keinen Fall mit unserm Vorstand verhandelt werden soll und im Fall eines Streiks allen organisierten Leuten gekündigt werden soll“. Merkt Euch diese kräftige Herausforderung, Herforder Kollegen und Kolleginnen! Wenn Ihr ernsthaft von Eurem gesetzlichen Recht Gebrauch machen wollt, dann hinaus mit Euch auf

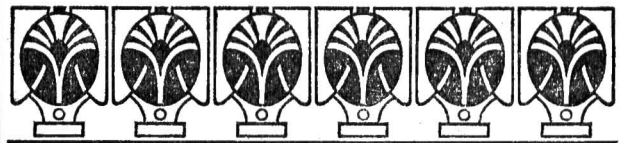
die Strazel! Das ist das vielgepriesene Wohlwollen der „Arbeit- und Brotgeber“ für Euch. Nur die demütigsten Sklavenseelen werden in Gnaden behalten. Zum Schluß ist dann noch in beweglichen Tönen zu lesen, „daß die Geber keine Macht haben, wenngleich die hiesigen Arbeiter schon jahrelang zur Unzufriedenheit angestachelt worden wären und die Erregung soweit gestiegen sei, daß wohl keine 10 pZt. der Arbeiter nicht organisiert seien. Dabei würden Löhne gezahlt, die teilweise über M 30 pro Woche hinausgingen“. Die Löhne von M 30 können wir wohl getrost an den Fingern einer Hand abzählen; für die Allgemeinheit aber sind die Löhne tatsächlich völlig unzureichend. Auch an dieser Stelle wollen wir nicht verfehlen, den Herren Fabrikanten unsere Freude über ihre Anerkennung unserer Aufklärungsarbeit auszusprechen; wir geloben hoch und heilig, mit weiterem Feuereifer zu „heken“ und zu „schüren“. Bald wird es uns dann gelingen, auch die letzten 10 pZt. um unser Banner zu führen und mit aller Konsequenz für unsere Lebenslage einzutreten, um nötigenfalls auch die Verbesserung derselben im zähen Kampfe von den Arbeitgebern erzwingen zu können.

Die diesjährige Lohnbewegung ist zu Ende; wenn es auch zu keinen neuen Tarifabschlüssen dank einer sehr ungemessen und sehr widersprechenden Haltung mancher beteiligten Kollegen, denen Lohnerhöhungen alles, die tarifliche Festlegung dagegen weniger wert war, gekommen ist. In positiver Hinsicht hat die Bewegung folgendes gebracht. Bei der Firma Weinberg gab es unmittelbar nach unserer ersten Flugblattverteilung eine allgemeine Teuerungszulage. Ueber den Ursprung selbst sagte der Inhaber, es sei das für ein von den Arbeitern anlässlich einer Familienfeier in seinem Hause gestiftetes Geschenk eine Gegengabe in Anerkennung der herrschenden Teuerung und werde den Arbeitern sicher lieber sein, als ein zuerst von der Firma geplantes Fest. Diese Teuerungszulage bestand in einem doppelten Lohn für sämtliche Angestellten. Soweit unsere Berufsangehörigen in Betracht kommen, von denen zurzeit zirka 75 in Arbeit standen, die etwa M 1310 an Lohn pro Woche erhielten, macht also diese einmalige Extralohnung an sich eine ganz respektable Summe aus. Also soweit ganz nett, daß der Fabrikant nun einige „Teelöffel“ voll wieder herausgab; aber hierin eine besondere „Hochherzigkeit“ zu erblicken, wie es das hiesige Kreisblatt tut, dazu können wir uns nicht aufschwingen. Man glaube die Arbeiter nun völlig zufriedengestellt zu haben, und wenn das amtliche Kreisblättchen dann etwas von der „Undankbarkeit“ der Arbeiter berichtete, so beweist das nur, wie solche Herrschaften die Sache betrachten. Durch mehrere Vorstellungen von unserer Seite kam Herr Weinberg im Beisein seiner Söhne zu dem Ergebnis, absolut mit den Verbandsvertretern nichts abmachen zu können. Der Arbeiterausschuß sei in seiner Fabrik völlig unabhängig, mit ihm werde er sich schon einigen. So kam dann nach mehreren Zusammenkünften noch eine Zulage von 1 1/2 pro Stunde heraus. Ferner sollten allen Beschäftigten die nach gewisser Dienstzeit gezahlten, aber einbehaltenen Löhne, die man hier Prämien nennt, dann später nicht mehr mitgerechnet und auszubezahlt werden. So rechneten die Kollegen aus, daß nach diesem Modus die meisten 60, 50 bis herunter zu 20 1/2 pro Woche mehr erhalten würden. Es herrschte helle Empörung, man empfand diese Regelung fast als Verhöhnung. Die Verbandsvertreter wurden nochmals vorgestellt und erreichten, daß noch 1 1/2 im Durchschnitt pro Stunde zugelegt wurde, so daß immerhin für die meisten pro Woche M 1,20 Zulage herauskam. Die Mehrzahl der dortigen Kollegen schien nun völlig befriedigt zu sein, wenigstens war zu der letzten Versammlung ein gut Teil nicht erschienen, so daß der Verbandsvorstand nicht die geringste Ursache hatte, die Kollegen etwa zu einem Streik zu ermuntern.

Die versuchten Verhandlungen mit Flachmann gestalteten sich wesentlich einfacher; sie waren in fünf Minuten erledigt, indem er den Verbandsvertreter in der ungeschonsten Weise abfertigte. Aber auch in dieser Fabrik wurde zugelegt, sogar noch ein wenig nobler. Drei Kollegen bekamen M 2, fünf M 1,50, 17 M 1 und mehrere Arbeiterinnen 50 1/2 an Wochenlohn mehr. Die Kollegen waren wohl nicht ganz zufrieden, sondern ihnen stand das Prinzip der Tarifanerkennung höher als einige Groschen Mehrlohn, jedoch mußte man ihnen raten, es diesmal noch nicht zur letzten Konsequenz kommen zu lassen. Hier noch ein Wort an Herrn Flachmann. Er hat bei der Verkündung der Zulagen in seiner rabiaten Weise sich erlaubt, von den „Gebern“ in rüdesten Weise zu sprechen, hat sie als „verkommene Bäckergesellen“ usw. bezeichnet, von denen einer immer dicker als der andere sei. Lassen wir dem Herrn die Freude.

Von den beiden andern Firmen wurden dann ebenfalls noch einige Zulagen gewährt, so daß auch ohne Tarifabschluß, für den energisch einzutreten die Gesamtheit noch nicht recht reif war, ganz erhebliche Vorteile für die Kollegenschaft in allen vier Fabriken erzielt worden sind. Wenn damit nicht alle Wünsche erfüllt sind, wenn manche Bitternis hier und da zurückgeblieben sein mag, so sollen unsere Mitglieder bedenken, daß es den Fabrikanten nicht im Traum eingefallen wäre, ohne unser Drängen auch nur einen Pfennig mehr zu bezahlen. Das ist entschieden unser Erfolg. Nun heißt es, fest und treu weiter ausbauen, zäh und unermüdetlich wie bisher. In der Organisation müssen wir auch unser einziges Schutz- und Trutzbündnis erblicken. Kleinmütig diejenigen, die meinen, wenn nicht alles mit einem Sieb gefallen ist, nun fahnenflüchtig werden zu müssen; denn diese schädigen nicht nur die Gesamtheit, sondern in erster Linie sich selbst am eigenen Leibe. Wäre doch den Fabrikanten nichts fehnlicher und willkommener, als unsere Einigkeit geschwächt zu sehen. Aber so naiv ist der Herforder Arbeiter heute doch nicht mehr, jenen Herren solche Dienste zu erweisen. Wir wissen wohl, in unserer Einigkeit liegt unsere Stärke. Darum auch keine übereilte Handlungsweise, sondern kühles, klares und planmäßiges Fortschreiten für die Zukunft. So agitieren und organisieren wir denn immer weiter, jeder tue sein Bestes; und bei einer künftigen Bewegung muß es denn auch

schließlich dahin kommen, daß endlich die Organisation von den Arbeitgebern anerkannt wird. Wir alle ruhen und rasten nicht, bis dies Ziel erreicht ist. Und nun also vorwärts — weiter für die kommende Zeit. P.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Herford wurde aus dem Verbände ausgeschlossen das Mitglied **Florenz Bühse** (Buch-Nr. 44 633) wegen Streifbruchs.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: O. **Altmann**, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 16. bis 21. Oktober gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für September: Görlitz M. 95,90, Neumünster 47,20, Jlmou 56,10, Jena 82,60, Bayreuth 62,50, Brandenburg 88,10, Suhl 54,80, Spremberg 22,80, Danzig 227,80, Weiskensfeld 36,80, Leisnig 13,60, Nemscheid 78,35, Stettin 297,60, Plauen 136,20, Weiskwasser 13,60, Schweinfurt 35,70, Friedberg 11,60, Schwerin 30,10, Königsberg 66,05.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: R. M.: Wismar M. 59,50, J. B.-Gardheim 6,60, R. W.-Gadebusch 10.

Für Abonnements und Annoncen: Tangermünde 3,60, Berlin 15,30, Köpenick 2,40, Stettin 7,80, Plauen 3, Gefangenenverein „Morgengrauen“-Berlin 15, Arbeitersternographen Berlin 8, S. L.-Hensburg 13,15, Zentralfrankenkasse: Berlin 10,80, Plauen 4,80.

Der Hauptkassierer. **O. Freitag**.

Spätestens am 28. Oktober

ist der **44. Wochenbeitrag für 1911** (29. Oktober bis 4. November) fällig.

Aus den Bezirken.

Gau Hamburg. Die Adresse des Gauleiters **Bernhard Liescher** ist bis auf weiteres: **Lübeck, Schwartauer Allee 17b, 1. St.** Alle Anfragen der Zahlstellen im Gau Hamburg bezüglich Agitation sind nur an diese Adresse zu richten.

Sterbetafel.

Berlin. Friedrich **Jacob**, Bäcker, gestorben am 17. Oktober im Alter von 32 Jahren.

— **Richard Reich**, Bäcker, gestorben am 20. Oktober im Alter von 29 Jahren.

Lössnitz i. Erzgeb. Heinrich **Clemens Vettermann**, Bäcker, gestorben am 14. Oktober im Alter von 47 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstatter über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben!)

Bäcker.

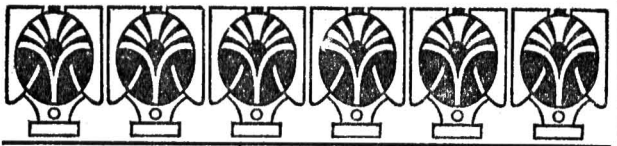
Die Leipziger Bäckerinnung hat die Sprache wiederbekommen. Während die Unternehmer den letzten Lohnkampf totschweigen wollten, wird jetzt geschrieben, was das Zeug hält. Angstvoll stellt die Innung fest, daß die Gesellen schon wieder streiken wollen; dann kommt ein wenig kühles Ueberlegen, und verschämt fragt sie, ob es nicht besser sei, statt dieses Kleinrieges eine langfristige Vereinbarung abzuschließen. Wenn der Obermeister **Simon** solches schreibt, dann muß die Siegestimmung schon arg gesunken sein. Angetan hat es ihm die Organisation, die, nach kaum eingetretener Ruhe, schon wieder die Streikorgel dreht. Aber die Orgel, die diesmal **Simon** dreht, hat ganz andere Töne als sonst. Hauptsächlich, so schreibt er, werden sich die Bäckergesellen bedanken, etwa zur Weihnachtszeit in den Streik zu treten. Warum, weiß **Simon** natürlich genau. Erstens würde das Trinkgeld für das Bröthenaustragen wegfallen, weiter die Sondereinnahmen für die Weihnachtsbäckerei und dann, was ja das meiste ist, die Weihnachtsgratifikation (11) vom Meister selbst. Welcher Geselle, so fragt er, würde auf alle diese Vorteile verzichten? Nur schade, daß die Gesellen bis jetzt noch gar keine Ahnung haben, was sie alles erhalten; bis jetzt mußte keiner etwas davon. Nachdem so den Gesellen geschmeichelt wird, folgt gleich eine niederdrückende Verächtlichkeit. Das Kostwesen kann nach Meinung dieses Herrn nicht abgeschafft werden, weil die Gesellen die „guten Rohmaterialien“ des Meisters verzehren. Eier werden gebraten, Butter wird geessen, Milch, Zucker, Obst, alles verschwindet in den Magen der Gesellen; ja, sogar frisch vom Ofen weg wird das Gebäck vertilgt. Wo aber, fragt man unwillkürlich, hat Herr **Simon** diese Beweise her? In den Betrieben, wo die Gesellen außer Kost und Logis sind, kommt das, wie uns selbst die Meister versichern, nicht vor. So kann es also nur dort vorkommen, wo die Gesellen noch die Kost des Meisters genießen. Ob sich dort die Gesellen an den Rohmaterialien des Meisters für das schlechte Essen schadloß halten, möchten wir bezweifeln. Stimmten aber die Ausführungen, so kann es eben nur in solchen Betrieben sein

wo sich die Gesellen niemals fassen können. Man darf bekanntlich, so schließt Herr Simon, nicht erst rüsten, wenn die Kriegserklärung da ist, sondern die Bereitschaft ist schon die halbe Abwehr. Stimmt. Die Leipziger Bäcker-Gesellen stehen in Bereitschaft, und daß sie das wieder einstimmig getan haben, daran trägt das Verhalten des Innungs-Vorstandes ein gutes Stück bei.

Fabrikbranche.

Erfolgreiche Lohnbewegung bei der Firma W. W. Gredde, Hamburg-Eppendorf. Am 7. Oktober fand eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Betriebsarbeiter statt, in welcher beschlossen wurde, der Firma, angesichts der furchtbaren Teuerung, Forderungen zu unterbreiten. Am 9. Oktober befanden sich die Forderungen bereits in den Händen der Geschäftsleitung. In einem an die Verbandsleitung vom 13. dieses Monats gerichteten Schreiben teilte die Firma mit, daß der Arbeiterausschuß gehört werden müsse, mithin nur dieser zu Verhandlungen zunächst kompetent sei. Eine weitere Versammlung beschloß nunmehr, den Arbeiterausschuß zu beauftragen, mit der Geschäftsleitung in Verhandlungen einzutreten. Von seiten der Geschäftsleitung wurde dann noch bestimmt, daß aus jeder Abteilung ein oder zwei Personen durch Wahl von seiten der Arbeiterschaft zu den Verhandlungen delegiert werden sollten, so daß zirka 35 Personen an diesen teilnahmen. Zunächst wurde ein Teuerungszuschuß für Verheiratete von M 1,20, für Unverheiratete von 60 S zu gestanden; die Regelung der Arbeitszeit an den Sonntagen sollte nach dem Weihnachtsfest erfolgen. Die darauf folgende Versammlung lehnte einstimmig diese zunächst auf unbestimmte Zeit zu gewährende Teuerungszulage ab und beauftragte den Ausschuß, diesen Beschluß der Geschäftsleitung mitzuteilen. Nunmehr ließ sich die Firma herbei, zu erklären, daß diese Teuerungszulage bestehen bleiben sollte, und wurde für alle Beschäftigten in der Weise festgesetzt, daß jede Person eine Lohnhöhung von 90 S wöchentlich erhielt; die Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonntagen soll auch sofort erfolgen, und zwar in der Form: im Winter von 7 Uhr morgens bis 3 1/2 Uhr nachmittags; im Sommer von 6 1/2 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags mit einer halbstündigen Mittagspause. Die Ueberstunden werden jetzt nicht, wie bisher, bei 60 voll geleisteten Stunden regulärer Arbeitszeit, sondern jede derselben wird mit 10 pSt. Aufschlag bezahlt, für Sonntagsarbeit erfolgt ein solcher von 20 pSt. und für Nachtarbeit von 25 pSt. Mit diesem Erfolg waren die Kollegen und Kolleginnen zufrieden. Drei Lohnbewegungen wurden hier eingeleitet, die für die in Frage kommenden Betriebsarbeiter sicher zu deren Gunsten verlaufen werden.

Die Tarifbewegung in den Berliner Schokoladen- und Kakaofabriken scheint sich außerordentlich zuspitzen. Bei einer der größten Firmen mit 1600 Beschäftigten sind die Forderungen vor acht Tagen eingereicht worden und Antwort bis vorigen Mittwoch, den 18., erbeten. Die Firma hat vorgezogen gar nicht zu antworten, dafür aber die Arbeiter zu brüskieren und durch allerlei Schauernachrichten ängstlich zu machen. Sie suchte das Gerücht auszufüttern, daß der Kampf in Dresden völlig erfolglos beendet sei und daß die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen hätten. In der Versammlung am 20. Oktober wurde das Märchen gründlich zerstört und nachgewiesen, daß dort bereits 1202 zu neuen Bedingungen arbeiten, während noch 2820 im Streik stehen, und daß die Fabriken der Hauptkakaofabrik völlig still stehen. Die Versammlung war über die herausfordernde Art, wie die Firma sich zu den eingereichten Forderungen stellt, außerordentlich empört und nur mit vieler Mühe gelang es den Organisationsvertretern, die Massen von unbesonnenen, unüberlegten Schritten zurückzuhalten und zu bestimmen, das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts um Vermittlung zu ersuchen. Am 27. Oktober soll dann eine weitere Versammlung beschließen, was nach Lage der Haltung der Firma dem Einigungsamt gegenüber weiter zu geschehen hat. — Auch in den übrigen Fabriken gärt es gewaltig. Doch sind dort die Vorbedingungen nicht weit genug gediehen. Auf jeden Fall muß sowohl bei der Firma Sarotti wie auch in der gesamten Schokoladen- und Kakaofabrik, sowohl in Dresden wie auch in Berlin, dringend vor Zuzug gewarnt werden, da die Streikbrecheragenturen schon krampfhaft bemüht sind, Streikbrecher heranzuziehen.



Korrespondenzen.

Bäcker.

Frankfurt a. M. In einer gut besuchten Generalversammlung nahmen am 19. Oktober die Verbandskollegen den Bericht vom dritten Quartal entgegen. Die Mitgliederzahl beträgt 807; an Beitragsmarken wurden 8871 umgelegt. Die Gesamteinnahmen betragen M 5853,25, die Ausgaben M 5648,14, der Kassenbestand einschließlich vom zweiten Quartal M 3336,55. An Unterstützungen wurden auf Rechnung der Hauptkasse ausbezahlt für Arbeitslose an 84 Mitglieder M 980, für 22 auf der Reize Befindliche M 141, an 32 Kranke M 485,75, an 1 Mitglied Umzugsunterstützung M 35. Ueber Tarifangelegenheiten und Durchführung des Vertrages in allen Betrieben berichtete Rumeleit, wobei die Tätigkeit des Tarifamtes anerkannt wurde. Dem Tarifvertrag unterliegen 285 Innungsmeister, 50 Nichtinnungsmeister haben sich dem Vertrag vollinhaltlich angeschlossen, 10 Firmen, darunter auch Schwarte, weigern sich, den Tarifvertrag anzuerkennen. Da das Tarifamt gegen diese Firmen über keine Handhabe verfügt, erteilte die Versammlung der Organisationsleitung

Auftrag, zwecks Verhängung des Boykotts über die Erzeugnisse dieser Firmen an die in Frage kommenden Innungen heranzutreten. Es soll auch gegen tarifbrüchige Meister in dieser Weise vorgegangen werden. Die Weihnachtsveranstaltungen und die Streitfrage betreffs der Feiertagsruhe erläuterte Kollege Ostermann. Nach ausgiebiger Debatte wurde der am Tarifamt seitens der Meistervertreter abgegebenen Erklärung zugestimmt, wonach für den ganzen Regierungsbezirk ein Verbot von 36 Stunden an den Festtagen Weihnachten, Ostern und Pfingsten erlassen wird, und zwar vom ersten Feiertag morgens bis zweiten Feiertag abends. Demgemäß soll die Weihnachtsfeier mit einem reichhaltigen Programm veranstaltet werden. Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Waffeln-, Zuckerverwaren- und Schokoladenindustrie in Dresden wurde berichtet, daß ein Teil der Betriebe gänzlich stillgelegt ist und die Fabrikanten sich um Streikbrecher nach allen Städten gewandt haben. Es wird gewarnt, daß Bäcker, Konditoren und ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen dort Arbeit annehmen; denn sie sollen als Streikbrecher benutzt werden. Die Solidarität zeigte sich darin, daß sofort eine Sammlung veranstaltet wurde, welche einen schönen Betrag einbrachte, um den sehr ausgebeuteten Arbeiterinnen zum Siege zu verhelfen. Dem langjährigen Vorsitzenden, Kollegen Stark wurde anlässlich seines Scheidens von Frankfurt warme Anerkennung für seine Tätigkeit gezollt.

Karlsruhe. In den letzten Wochen wurde bei den Bäckern eine allgemeine Hausagitation vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit konnte der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ von den Karlsruher Bäckermeistern in den grellsten Farben beobachtet werden. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Gehilfen liegen ja noch sehr im argen und es ist allbekannt, daß diese zum weitaus größten Teile noch unter dem Kost- und Logiszwang im Hause der rückständigen Bäckermeister fronden müssen. Diese veralteten, tieftraurigen Zustände erheischen es, daß man die Beschäftigten in ihren Arbeitsstätten während der Arbeitszeit aufsuchen muß. Man sollte nun meinen, die Bäckermeister in ihrer Gesamtheit wären so anständig und ließen unter diesen obwaltenden Umständen Gehilfenbesuche zu; aber weit gefehlt. Fürsorglich wie sie nun einmal sind, werden auch die Gehilfen in diesem Falle bebormundend unter die Fittiche der Arbeitgeber genommen. Von den Arbeitgebern wird ein Gehilfenbesuch nur dann zugelassen, wenn der Besucher dem Arbeitgeber lieb und angenehm ist. Vertreter der christlichen Bäckerabteilung oder gelbe Bundesmitglieder können und dürfen die Gehilfen in Backstuben und Schlafräumen auch ohne Erlaubnis der Bäckermeister ungeniert aufsuchen. Kommen aber Verbandsfunktionäre, welche erst auf die höflichste Art und Weise im Laden des Bäckermeisters zwecks Zulassung zu den Gehilfen Erlaubnis einholen, so werden sie schroff abgewiesen. Von diesen Abweisungen sind folgende erwähnenswert: a) „Gehilfenbesuch wird nicht zugelassen.“ b) „In der Backstube haben Sie nichts zu suchen.“ c) „Werde den Gehilfen das Material übergeben.“ d) „Wenn von den Gehilfen etwas gewünscht wird, so schicken Sie es per Post.“ Wie es nun mit dem letzten Einwand bestellt ist, hat die Erfahrung zur Genüge bewiesen. Oft werden die Postsendungen an die Gehilfen nicht ungeniert „vergeffen“ abzugeben. Wir werden den gutgemeinten Ratschlägen einzelner Bäckermeister keine Folge leisten. Die Backstubenbesuche zwecks Zutrittsverbot überträgt man vielleicht noch in die Bäckereien mit folgender Aufschrift: „Arbeitergroßen werden nicht angenommen.“ Dann sind die Bäckermeister auch sicher, nicht mehr mit Gehilfenbesuchen belästigt zu werden. Die Karlsruher Kollegen sollten aber gegen solche verwerfliche Maßnahmen ganz energig Front machen. Sie sollten ihr freies Menschenrecht fordern und ferner mit allen zu Gebote stehenden Nachmitteln das bebormundungssystem und die lästigen Fesseln des Kost- und Logiszwanges im Hause des Arbeitgebers beseitigen. Das ganze Vorgehen der Bäckermeister ist weiter nichts als ein indirekter Raub auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht. Diesen Terrorgelüsten kann nur eine starke Gehilfenorganisation Einhalt gebieten.

Torgelow. (Die Kage im Schaufenster.) Als am 11. Oktober mehrere Arbeiter die Königstraße entlang gingen, bemerkten sie im Schaufenster des Bäckermeisters Zähne eine Kage, die dort munter zwischen den Backwaren spazieren ging und sich daran gütlich tat. Ob die Waren, die von der Kage berührt wurden, vom Verkauf ausgeschlossen worden sind, wissen wir nicht. In manchen Städten besteht eine Polizeiverordnung, daß Hunde in Läden, wo Lebensmittel feilgehalten werden, nicht mitgebracht werden dürfen. Es dürfte sich empfehlen, eine solche Verordnung auch auf Kagen auszudehnen; denn es wird mitgeteilt, daß in dem Laden des Bäckermeisters Zähne die Kage sehr oft ist. Da der Vorfall bei der Behörde angezeigt ist, wird Abhilfe wohl bald erfolgen.

Fabrikbranche.

Mürnberg. Am 14. Oktober fand im „Historischen Hofe“ eine Mitgliederversammlung statt, die sehr gut besucht war. Kollege Rämmermann hielt einen Vortrag über „Ethik (sittliche Auffassungen und Ansichten) der verschiedenen Bevölkerungsschichten“. Reichler Beifall lohnte den Referenten für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen. Kollege Hefchel erstattete hierauf Bericht über zwei Betriebsversammlungen der Kollegen bei F. Wolff. In scharfen Worten geißelte er das Verhalten der „Vorgesetzten“ Fleischmann und Hirschmann den Arbeitern gegenüber und betonte, daß für diese Leute kein Platz mehr in unsern Reihen ist; er ersuchte die Versammlung, dem Beschluß der Ortsverwaltung, Ausschluß beider aus dem Verbands, zuzustimmen. In der Diskussion kamen noch Mißstände sowie Ausschreitungen dieser Vorarbeiter zur Sprache, wobei auch das Antreiberystem der Frau Wolff einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Wegen Verstößen gegen § 11 Abs. 1 des Verbandsstatuts wurden Fleischmann und Hirschmann einstimmig aus dem Verbands ausgeschlossen. Wegen der Mißstände wird der Vorstand den Fabrikinspektor veranlassen, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Zum Schluß ernannte

der Vorsitzende die Kollegen der Firma Wolff zu einem mütigen Zusammenhalten, um dadurch zu zeigen, daß sie jederzeit bereit sind, zum äußersten zu greifen, falls die Zustände im Betriebe nicht gebessert werden.

Zeit. Ein recht eigentümliches Verhalten legt jetzt die Firma F. A. Dehler an den Tag. So erhielt am 23. September eine Arbeiterin durch den Meister die Kündigung; als dieselbe nach dem Grund fragte, erklärte ihr der Meister: „Die Direktrice könnte sie nicht mehr leiden.“ Der Verbandsvorsitzende hat in dieser Beziehung an die Geschäftsleitung geschrieben und den Sachverhalt geschildert. Auf das Schreiben erfolgte keine Antwort, und die Arbeiterin wurde nach Ablauf der Kündigung entlassen, trotzdem sie sechs Jahre zur Zufriedenheit gearbeitet hatte. Die Firma ist also demnach mit dem Vorgehen ihrer Angestellten einverstanden. Einer andern Arbeiterin wurde durch dieselbe Direktrice verboten, Frühstück zu holen, trotzdem es erlaubt ist; wenn aber diese Aufseherin Liebesbriefe zur Post bringen lassen will, so kann die Arbeiterin, der das Frühstückholen verboten wurde, ohne Rücksicht auf die Arbeit solche Gänge besorgen. Sollte das Verhalten der Firma auf die allgemeine Stimmung in den Scharfmacherkreisen zurückzuführen sein?

Aus Unternehmerkreisen.

Bäckerei.

Unternehmerterrorismus. In der Zeit, wo sich die Unternehmer aller Schattierungen nicht genug empören können über den schier unerträglichen Terror, der in den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften herrscht und die Regierung förmlich mit Petitionen bombardiert wird, ein Gesetz für den Schutz der Arbeitswilligen zu erlassen, kann man in der Unternehmerpresse Abhandlungen über die Notwendigkeit des Organisationszwanges lesen. Die Güntherische Tante plaudert in Nr. 83 in einer „Freie oder Zwangssinnung“ überschriebenen Notiz folgendes aus: „Und wer die Handwerker kennt, der weiß, daß gerade bei ihnen ein gewisser Zwang notwendig ist. Diesen Zwang brachte nun das Handwerkergesetz durch die Zwangssinnungen“. . . . „Die Mehrheit der Bäckerkollegen in einem bestimmten Bezirk legt der Minderheit im Interesse der Gesamtheit im Bäckerhandwerk eine Verpflichtung auf.“ Die Vorteile einer Zwangssinnung werden in der Weise geschildert: „Während in einer freien Innung die Mitglieder willkürlich, wie in einem Taubenschlag, ein- und ausfliegen können, muß man in einer Zwangssinnung Mitglied sein und bleiben. Die Auflösungsbestimmungen sind erschwert. So sind die Zwangssinnungsmitglieder gezwungen, auch die ihnen lästigen, im Interesse des betreffenden Handwerks getroffenen Bestimmungen zu halten.“

Das ist nichts anderes, als unverbäglichster Terrorismus, der hier im Unternehmerorgan propagiert wird. Noch deutlicher wurde der Führer der Holzindustriellen, Nahardt, der auch den Bäckermeistern sehr nahesteht. In Nr. 89 der „Nachzeitung“ der Tischlermeister läßt sich der konservative preußische Landtagsabgeordnete folgendermaßen aus:

„Wirklich leistungsfähige Organisationen sind ohne einen gelinden Zwang nicht zu schaffen.“ „Wer den Nutzen und die Notwendigkeit der Organisation noch nicht erkannt hat, muß eben auf dem Wege des Zwanges zu seinem Besten geleitet werden.“ „Die Mehrzahl unserer Berufsgenossen ist nur mit eisernem Zwange zu regieren.“

Würde das eine Arbeiterorganisation in ihrer Presse schreiben, so stände sicher die ganze Unternehmerteile auf und würde noch lauter der Regierung zuschreien, sie solle Gesetze gegen die Gewerkschaften im Reichstag einbringen.

Den Unternehmern steht in ihren Organisationen nicht nur der Geldsack zur Verfügung, ihnen ist durch das Handwerkergesetz das Recht der Zwangsorganisation eingeräumt. Trotzdem marschierte die Arbeiterbewegung zu Erfolgen. Nun soll die Regierung die lieben Arbeitswilligen noch mehr in Schutz nehmen, als das bereits schon geschieht, sowie den Boykott als Kampfmittel, natürlich soweit er von den Arbeitern zur Anwendung gebracht wird, gesetzlich verbieten. Die Unternehmer verlangen aber für sich, den unerhörtesten Terror ungestraft ausüben zu dürfen.

Großindustrie.

Die Wohlfahrtseinrichtung in der Kakaokompagnie Theodor Reichardt, Wandlshof. Einen Einblick in die Reichardt'sche Wohlfahrtseinrichtung gewährt uns der fünfte Jahresbericht der Unterstützungskasse. Die Firma hat bekanntlich eine Speiseanstalt errichtet, wo die Beschäftigten ihr Mittagessen einnehmen können. Nach dem vorliegenden Bericht wurden in der Zeit vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 an 305 Tagen 158 706 Portionen verabfolgt, die eine Ausgabe von M 31 741,20 verursachten. Außerdem wurden M 12 397,02 für 285 960 Liter Kakaoo und Tee als „Gratis“getränke zu den Arbeitspausen und bei der Arbeit verausgabt. Der Betrag wird in der Abrechnung als „Gesamtleistung der Arbeitgeberin“ mit M 44 138,22 aufgeführt. Außerdem kommen bei den Einnahmen vom Unternehmer noch M 13 zu Gesicht. Die Beschäftigten selbst brachten für die gelösten Eismarken à 5 S M 7935,30 auf. Nach dieser Rechnung bezahlt die Firma auf jede Portion Essen 15 S aus „ihrer Tasche“.

An „Unterstützung“ wurde ferner noch ausbezahlt: bei Geburtsfällen M 497,10, bei Krankheitsfällen M 691,76, bei allgemeinen Notfällen M 115,70, bei Todesfällen M 188,50, bei Konfirmationen an 20 Kinder M 420 und an Weihnachtsbescherung für 409 Kinder M 3766,78. Zusammen verursachte diese Wohltätigkeitseinrichtung eine Ausgabe von M 37 449,08, wozu die Firma M 31 741,20 leistete. Als Vorsitzender der Unterstützungskasse fungiert ein gewisser Ed. Heinrich, der bei dem Prozeß im vorigen Jahre als Inspektor auftrat. Die Einrichtung liegt also keineswegs in den Händen der Arbeiter, sondern ihr stehen Vertraute der Firma als Vorstandsmitglieder vor.

Nach außen hin rückt sich die Kakaokompagnie durch ihre Wohltätigkeit in ein günstiges Licht. Geht man jedoch der Sache auf Grund der Abrechnung näher nach, so nehmen sich die Vorteile für die Beschäftigten sehr mager

aus. Viele verzichten dankend auf das billige Mittagessen. Sind doch nur pro Tag im Durchschnitt 520 Portionen ausgegeben worden, während die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen weit höher ist. Die Zuwendungen der Firma sind so außerordentlich minimal, daß nicht einmal die Summe verausgabt wird, welche durch eine tägliche Lohnaufbesserung von 10 % herauskommt. Der Arbeiterschaft muß eine solche Einrichtung nicht im geringsten. Ihr wäre es bedeutend lieber, wenn entsprechend der Leistung ein Lohn bezahlt würde, mit welchem die Arbeiterfamilien in diesen teureren Zeiten ein auskömmliches Dasein führen können. Die Kalas-Kompagnie wird mit der Errichtung einer Suppenanstalt niemals imstande sein, die Beschäftigten von dem Gedanken des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses abzubringen. Sie mag vielleicht erreichen, daß sich manche durch die Wohlthätigkeit betören lassen, aber nicht gelingen wird es ihr, das Massenbewußtsein mit ihrer „Suppenlogik“ erlösen zu können. Das, was die Firma in „hochherziger“ Weise der Unterstützungskasse zuwendet, haben vorher die Arbeiter und Arbeiterinnen vielfach an Mehrwert durch ihre Arbeitsleistung den Aktionären in ihre Tasche geworfen.

Aus gegnerischen Organisationen.

Am die falsche Adresse ist der Landesverband der Evangelischen Arbeitervereine gekommen, der eine Petition an die in Dresden tagende Sächsische Landessynode richtete, um die Befürwortung eines Votumabstimmens an Sonntagen zu erreichen. Obwohl auf dieser Landessynode viel heilige Reden von Gottesfurcht und frommer Sitte gehalten wurden, empfahl der Amtshauptmann v. Kottitz-Wallwitz, die Petition für erledigt zu erklären, und so geschah es. Debattelos wurde die Petition abgelehnt. Also nicht einmal eine flüchtige Beschwichtigungswort war die Petition wert. Dieses Vorgehen dürfte nicht dazu angetan sein, die christlichen Herzen höher schlagen zu lassen. Ob die Evangelischen aber die notwendige Lehre hieraus ziehen werden, ist fraglich; sie werden weiter beten und in Demut harren, bis der vernünftige Bäckergehilfe sich durch seine Organisation erkämpft, was ihm vorenthalten wird; bis dahin werden sie behandelt, wie sie es verdienen.

Die „Christlichen“ und die Reichsversicherungsordnung. Die Zentrumsvereine geben sich die größte Mühe, ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit zu beweisen, daß durch die Reichsversicherungsordnung geradezu ungeheure Erfolge für die Arbeiterschaft erreicht wurden. Durch ihre Presse machte eine Artikelserie die Runde, in welcher die Erfolge der „Reform“ der Arbeiterversicherung über das Schellendaus gelobt und herausgehoben werden. Außerdem wurde den christlichen Gewerkschaftszeitungen ein vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften verfaßtes Flugblatt beigelegt, in welchem die Sozialgesetzgebung Deutschlands als die vollkommenste Einrichtung hingestellt und kühn behauptet wurde: „Deutschland steht unter allen Nationen mit seiner Sozialgesetzgebung an der Spitze.“

Dann marschieren Milliarden auf, um zu beweisen, was Deutschland bisher auf dem Gebiete der Sozialversicherung geleistet hat. Die Jesuiten laufen aber bei ihrer Berechnung selbst in eine Sackgasse. Es heißt: Die Gesamteinnahmen der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung betragen bis zum Jahre 1909 10 Milliarden 652 Millionen Mark. ... An Beiträgen leisteten insgesamt bis 1909: die Arbeitgeber 4792 Millionen, die Arbeiter 4257 Millionen und das Reich an Zuschuß 587 Millionen Mark. Jeder halbwegs denkende Mensch wird sich nun fragen, die von den Arbeitgebern aufgebracht Gelder hat das Unternehmertum nicht in hochherziger Weise aus seiner Tasche bezahlt, sondern sie wurden aus der Arbeitskraft durch die Mehrwert-erzeugung herausgeholt. Der Arbeiter hätte diese Summen bereits verdient; der Unternehmer bezahlt ihm aber weder diesen Verdienst noch die sonstigen Reingewinne aus, sondern er steckt sie in seine Tasche und gibt dann dem Arbeiter nur so viel zum Lebensunterhalt, um sich vor dem Hungertod schützen zu können. Gelb, hilflos und gut, wie nach Auffassung der „Christen“ allezeit die Regierung ist, gibt diese als Zuschuß 587 Millionen Mark von den Reisenbeiträgen, die vorher den Arbeitern in Form von Zöllen und indirekten Steuern geraubt wurden.

Die Christlichen kommen jedoch in ihrem Verteidigungseifer über das Nachwerk der arbeiterfeindlichen Parteien zu einer merkwürdigen Schlussfolgerung. Im Flugblatt heißt es:

„Diese Reisesummen, welche in erheblichem Maße Not und Armut bei den Vermitteln der Armen gelindert haben, wären den deutschen Arbeitern nicht zugeflossen, wenn die bürgerlichen Parteien die gleiche Taktik verfolgt hätten, wie die Sozialdemokraten im Reichstage, das heißt die Gesetze abgelehnt hätten deshalb, weil nicht alle ihre Wünsche befriedigt waren.“

Die Christlichen glauben ja selbst nicht an das, was sie schreiben. Sie müssen aber das Nachwerk der arbeiterfeindlichen Regierungsmehrheit verteidigen, weil an demselben die christlichen „Arbeitervertreter“ ihr Bestes zur Entrechtung der Versicherungspflichtigen beizutragen. Sind aber die Herrschaften unter sich, dann machen sie aus ihrem Herzen keine Würbergrube. Auf dem Zentrumsparteitag in Aachen am 17. September wurde von den Industriellen Klage geführt über die Ueberlastung der Industrie durch die Sozialgesetzgebung. Der Reichstagsabgeordnete Trimborn vom Zentrum erwiderte hierauf:

„Ich darf hier einschalten, daß wir diesen Gesichtspunkt speziell bei der Reichsversicherungsordnung vielfach zur Geltung haben kommen lassen. — Es wäre bei der Reichsversicherungsordnung manches weitere beschlossen worden, manchem Antrage der Sozialdemokratie auf neue Leistungen wäre Folge gegeben worden, wenn wir uns nicht hätten sagen müssen, die soziale Belastung der Industrie wird so groß, und heiläufig gesagt, auf dem Gebiete der Krankenversicherung auch für die Arbeitnehmer. Dieser Gesichtspunkt hat bei der Reichsversicherungs-

ordnung eine große Rolle gespielt, und aus diesem Gesichtspunkte ist die Reichsversicherungsordnung so gestaltet worden, wie sie jetzt im Ergebnis vorliegt. Die Rücksicht auf die Industrie ist bei der Reichsversicherungsordnung in vollem Umfange gewahrt worden.“

Das klingt ganz anders, als die Verteidigung der Zentrumsvereine. Aus Rücksicht auf die Industrie haben die christlichen Gewerkschaftsführer der Reichsversicherungsordnung zugestimmt und die Arbeiterinteressen verraten.

Die Firsche auf Agitation. Die Firsche bemühen sich in der letzten Zeit außerordentlich, für ihre verschwommenen Bestrebungen aus den Kreisen der Bäcker und Konditoren Mitglieder einzufangen. Es wird sogar berichtet, daß sich in der letzten Zeit ein erfreulicher Aufschwung bemerkbar machte. Allerdings wird aber verschwiegen, daß die Mitgliederzunahme lediglich auf das Konto der Gelben in Frankfurt zu setzen ist, wo Drewitz mit seinen Getreuen ins Lager der Firsche abgewandert. Nun wird versucht, in den umliegenden Orten von Frankfurt, wo bisher die Gelben Mitglieder hatten, Anhänger für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Borek wird die Gelben die Leidtragenden sein. Drewitz kennt seine früheren Gefinnungsgenossen und weiß, daß diese nur so lange Nachläufer der Unternehmer sind, als sie gefährdet werden.

Polizei und Gerichte.

Das Flugblatt ohne Unterschrift. Kollege Winzer-Breslau bekam einen Strafbefehl über M 100, weil er während des Bäckerstreiks ein Flugblatt herausgegeben haben soll, auf dem die Namen des Druckers und Verlegers fehlten. Da sich Winzer seiner Schuld bewußt war, legte er Einspruch ein. Am Montag wurde vor dem Schöffengericht Breslau über den Einspruch verhandelt. Mehrere Haus-suchungen unter Leitung des Kriminalkommissars Oskar Ulrich von der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums sollen angeblich Material für die Schuld Winzers zutage gefördert haben. Auf Antrag einiger Bäckermeister wurde Tische und Winzer und der „Volkswacht“ unterzucht, noch weiterhin Inserate oder Flugblätter über den Bäckerstreik herauszugeben. Nach Angabe der Polizei erschienen aber trotzdem noch sechs verschiedene Flugblätter, worin die sechs Bäckermeister, die die gerichtliche Verfügung gegen die Organisation erwidert hatten, angegriffen wurden. Diese Flugblätter sind nun angeblich vertriebt worden, ohne daß der Drucker und Verleger angegeben war. Da die Polizei trotz ihrer vielen Bemühungen keinen andern Täter finden konnte, bestrafte man Winzer, weil er nach Angabe des Herrn Ulrich der Schuldige sein sollte. Vor dem Schöffengericht bestritt Winzer ganz entschieden, der Herausgeber zu sein. Aber trotzdem versuchte der Amtsanwalt und besonders der Kommissar Ulrich, Winzer als Täter hinzustellen. Winzer betonte u. a., man könne ihn doch nicht auf Vermutungen hin bestrafen, sondern man müsse dazu Beweise haben. Das sah das Gericht auch ein und sprach Winzer frei; die Kosten wurden der Staatskasse auf-erlegt.

Internationales.

Der Streik in der Zuckerwarenfabrik von Cabos in Wien dauert unverändert fort. Der Fabrikant scheint es auf eine Kraftprobe mit der Arbeiterorganisation ankommen zu lassen, wobei ihm hoffentlich von den Streikenden ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht wird. Der Betrieb ist unter allen Umständen zu meiden.

Vom Kampf gegen den amerikanischen Brottrust. Der in Kansas City abgehaltene Verbandstag des amerikanischen Bäcker- und Konditorenverbandes, der seit drei Jahren von 14582 auf 20336 Mitglieder gestiegen ist, hatte sich namentlich mit den durch die Vertrustung des Gewerbes herbeigeführten neuen Aufgaben zu befassen. Ein großes Problem liege den Delegierten vor, heißt es im Bericht. Drei Gesellschaften, General Baking Co., Shults Baking Co. in Neuyork und Ward Baking Co. mit einem Kapital von zusammen 50 Millionen Dollar seien imstande, den ganzen Brotmarkt zu beherrschen. „Wie lange wird es dauern, bis diese Gesellschaften von einem Zentralamt geleitet werden? Und wie lange, bis man auch die Mühlen in die Kombination aufnimmt, so daß man dann auch den Mehlmarkt beherrschen kann? Wir sind unterrichtet, daß Verhandlungen bereits angebahnt sind.“ Die Folge werde vermehrte Arbeitslosigkeit durch Einführung arbeitssparender Maschinen und Bevorzugung der Kinderarbeit sowie der Bankrott von tausenden Bäckermeistern sein, die auch zum Heere der Arbeitslosen stoßen werden. Da alle Versuche, die Anerkennung des Verbandes von der Ward Baking Co. zu erlangen, fehlgeschlagen sind, ist gegen diese der Kampf aufgenommen worden. Als Mittel in diesem Kampfe gegen den Trust, dem wichtigsten, der bisher vom Verbands unternommen wurde, kommt auch die Errichtung eigener Verbandsbäckereien in Betracht. Die Delegierten von Kalifornien berichteten von einem gut gelungenen Versuche dieser Art. In San Jose, wo es nicht möglich war, festen Fuß für den Verband zu fassen, wurde als Grundlage der Organisation eine Bäckerei errichtet, die sich als Erfolg erwiesen hat und nun die Broterzeugung in San Jose und Umgebung beherrscht. — Zur Ausarbeitung eines Programms für den Kampf gegen den Trust wurde eine Kommission eingesetzt. Die Stimmung war sehr kampffreudig.

Arbeitsverhältnisse in den niederländischen Bäckereien.

Unter dem Titel „Onderzoek naar de Bedrijfs-toestanden in de Nederlandsche Broodbakkerijen“ gab jüngst das niederländische Ministerium für Ackerbau,

Industrie und Handel die Ergebnisse einer Erhebung über die Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien heraus, die im vorigen Jahre (1910) durchgeführt wurde. Als Erhebungsorgane fungierten in den meisten Fällen die Gewerbeaufsichtsbeamten und nur ausnahmsweise andere Personen. Von allen in den Niederlanden bestehenden 13167 Brotbäckereien wurden 13121 besucht; die übrigen 46 waren teils militärische Bäckereien, teils wurden sie in Verbindung mit öffentlichen Anstalten betrieben. In den 13121 besuchten Bäckereien waren insgesamt 29406 Personen tätig, und zwar 11814 Meister und 17592 Arbeiter. Die Kleinbetriebe herrschen noch sehr stark vor; mehr als ein Viertel der Brotbäckereien waren Alleinbetriebe der Inhaber und fast zwei Drittel beschäftigten nur 1 bis 2 andere Personen. Es ergibt sich diesbezüglich die folgende Uebersicht:

Betriebsklassen	Betriebe		Gesamtzahl der beschäftigten Personen
	überhaupt	in Proz.	
Alleinbetriebe der Inhaber...	3870	29	3870
Betriebe mit 1 bis 2 Arbeitern	7956	61	17354
„ „ 3 „ 9	1168	9	5425
„ „ 10 od. mehr „	127	1	2757
	13121	100	29406

Von allen beschäftigten Personen trafen 60 pZt. auf die Betriebe mit 1 bis 2 Arbeitern, welche die typische Betriebsklasse in ganz Niederland bilden.

Nacharbeit wurde von 17126 Personen (58 pZt. der Gesamtzahl) regelmäßig geleistet. Bemerkenswert ist, daß mit der Betriebsgröße die Häufigkeit der regelmäßigen Nacharbeit zunimmt; denn Nacharbeit verrichteten in

Alleinbetriebe der Inhaber...	1637 Personen (42 pZt.)
Betrieben mit 1 bis 2 Arbeitern	8778 „ (51 „)
„ „ 3 „ 9	4098 „ (76 „)
„ „ 10 od. mehr „	2613 „ (95 „)

In den größten Betrieben hatte also fast das ganze Personal zur Nachtzeit zu arbeiten, nämlich in den Stunden zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr früh. Diese Angaben beziehen sich nur auf die gewöhnlichen Wochentage Dienstag bis einschließlich Freitag; am Sonnabend und Montag ist die Häufigkeit der Nacharbeit hiervon etwas verschieden, während am Sonntag nicht gearbeitet wird — außer in jüdischen Bäckereien, wo die Arbeit zumeist am Sonnabend ruht.

Die gewöhnliche tägliche Arbeitsdauer ist in den meisten Betrieben verhältnismäßig lang; nur in etwas mehr als einem Viertel aller Bäckereien währt sie bis zu 10 Stunden, in mehr als der Hälfte über 10 bis 13 Stunden usw. In einer beträchtlichen Anzahl von Betrieben wird sogar an gewöhnlichen Wochentagen die Arbeitsdauer bis zu 18 Stunden ausgedehnt und am Sonnabend wird sogar häufig noch länger gearbeitet.

Die Betriebe mit 1 bis 2 Arbeitern gruppieren sich nach der täglichen Arbeitsdauer wie nachstehend angeführt:

Tägliche Arbeitsdauer	Zahl der Betriebe mit nebenstehender täglicher Arbeitsdauer		
	Montag	Dienstag bis Freitag	Sonnabend
Bis zu 10 Stunden.....	2367	2140	1440
11 Stunden.....	1164	1171	639
12 „.....	1641	1710	787
13 „.....	1107	1248	786
14 „.....	818	930	809
15 „.....	366	394	759
16 „.....	167	176	692
17 „.....	68	82	466
18 „.....	55	54	524
19 „ oder länger...	—	—	851
Unbekannt.....	203	51	203
	7956	7956	7956

Von diesen typischen Betrieben hatten 2884 oder 37 pZt. an gewöhnlichen Wochentagen eine Arbeitsdauer von 13 oder mehr Stunden; an Montagen hatten 2581 Betriebe (oder 33 pZt. von allen) und an Sonnabenden 4887 (oder 63 pZt.) eine mindestens dreizehnstündige Arbeitsdauer. In etwa einem Sechstel der Betriebe wurde an Sonnabenden mindestens 18 Stunden lang gearbeitet. In den übrigen Betriebsklassen sind die Verhältnisse ähnlich, also im allgemeinen ungünstig. Um in dieser Beziehung eine Besserung herbeizuführen, brachte die Regierung in der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf ein, wonach in den Brotbäckereien die tägliche Arbeitszeit gewöhnlich 10 Stunden nicht überschreiten soll; an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen soll sie jedoch bis zu 16 Stunden ausgedehnt werden dürfen. Ferner enthält der Gesetzentwurf das Verbot der Arbeit an Sonntagen und in der Nachtzeit (acht noch näher zu bestimmende Stunden zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens) sowie an Tagen, die auf einen Tag folgen, an welchem die Bäckerarbeit während der letzten zwei Nachtstunden gestattet ist. An Sonnabenden darf durchweg während der letzten zwei Nachtstunden gearbeitet werden, außerdem soll beschränkte Nacharbeit an nicht mehr als 13 Tagen im Jahr zulässig sein. Für Alleinbetriebe der Inhaber soll das Verbot der Sonntags- und Nacharbeit nicht gelten, und für jüdische Bäckereien sollen gewisse Abweichungen von den gesetzlichen Bestimmungen eintreten.

Aus dem eingangs erwähnten Bericht geht auch hervor, daß das Logieren der Arbeiter beim Meister noch sehr gebräuchlich ist; es wurde für 1306 Bäckereibetriebe festgestellt. In 246 Betrieben konnten die Schlafstellen nicht besichtigt werden; in 828 von den verbleibenden 1060 Betrieben hatten je zwei Arbeiter in einem gemeinsamen Bett zu schlafen und in einigen Fällen kam es sogar vor, daß für drei Arbeiter nur ein Bett vorhanden war. Nicht selten standen die Betten so nahe beim Ofen, daß die Arbeiter unter der Hitze arg zu leiden hatten. Ein Verbot des Schlafens

in den Betriebslokalen wäre dringend erforderlich, denn dieses System ist nicht allein für die Arbeiter schädlich, sondern es ist auch mit verantwortlich für die große Unreinlichkeit, die in den vierlandischen Bäckereien häufig anzutreffen ist und eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit bildet. Die Arbeiterschaft selbst hat gegenwärtig nicht die Macht, die Beseitigung der Uebelstandte herbeizuführen, da ihre gewerkschaftliche Organisation erst sehr schwach ist und nur langsame Fortschritte macht.

Sozialpolitisches.

Ein englischer Minister über den Streik. Bei der Grundsteinlegung zu einer Baptistenkirche führte Lloyd George aus, daß sich eine große Unzufriedenheit mit den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen des Volkes bemächtigt habe und daß sich die Kirchen sofort an die Arbeit machen müßten, um die wirtschaftliche Lage des Volkes zu heben. Dann fuhr er fort:

„Es gibt heute Scharen von Leuten in diesem Lande, die trotz quälender Arbeit nicht genug verdienen, um Körper und Seele zusammenzuhalten. Andererseits gibt es solche, die weder arbeiten noch spinnen und dennoch alles im Ueberfluß haben. Solange diese Verhältnisse bestehen, wird es diese Ausbrüche geben. Es wird gesagt werden, daß ich die eine Klasse gegen die andere aufhebe. Das ist der Papageienschrei jedes unfruchtbareren Feder- und Schwabers, der nicht einmal genug Einbildungskraft besitzt, eine neue Art Schmähung zu erfinden. Wenn es ein Verbrechen gegen die Gesellschaft ist, auf die heute und alltäglich vorkommende Ungleichheit aufmerksam zu machen, dann habe ich nur zu sagen, daß die sozialen Verhältnisse und die soziale Organisation eine sofortige Neuordnung erheischen. Wir haben Mitglieder der christlichen Kirchen, Leute, denen es gut geht, die sich nie einen Lederbissen versagt und die dennoch hoe werden, wenn eine Klasse der Bevölkerung den Versuch macht, ihre Lage zu verbessern. Ich sage diesen, sie mögen die Verhältnisse, unter denen Tausende, ja Millionen Menschen für sich, ihre Frauen und Kinder ihr Leben zu verdienen suchen, prüfen und wenn sie dann noch glauben, daß diese Verhältnisse zufriedenstellend sind, dann möchte ich ihnen raten, sechs Wochen wie die Katholiken Buße zu tun und von den Löhnen des Volkes dieses Landes zu leben und zu versuchen, ihre Familien von dem Hungerlohn zu ernähren, von dem Millionen unserer Arbeiter leben müssen. Das würde sie von einer der schlimmsten Sünden, der Sünde der Unbarmherzigkeit, kurieren.“

Dann ermahnte der Schatzkanzler seine Zuhörer, das Schlimmste einzustellen und ihre Aufmerksamkeit den Verhältnissen zuzuwenden, unter denen das Volk lebe. Sie hätten eben ein Ereignis überstanden, das leicht zu einer verhängnisvollen Katastrophe hätte werden können, und jetzt hätten sie Zeit zur Ueberlegung. Sie möchten ehrlich versuchen, die Ursache zu ergründen und mit den Verschuldigungen aufhören. Taten sie das nicht, so werde der nächste Kampf unendlich schlimmer ausfallen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Gegenüber dem Vormonat Juli ist auch im August auf dem Arbeitsmarkt keine Veranderung eingetreten. Die kleine Verzahmung der Arbeitslosenzahl nach den Angaben der Fachverbände auf 1,7 von Hundert der Mitglieder gegen 1,6 brachte allerdings eine kleine Verschlechterung mit sich, jedoch ist diesbeziehl nicht von großer Bedeutung, da nach den Berichten der Arbeitsnachweise auf je 100 offene Stellen bei männlichen 142 Arbeitsgesuche gegen 141 im Vormonat kommen.

Eine beträchtliche Steigerung haben die Einnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen im Berichtsmonat aufzuweisen. Sie betragen M 162 476 108, ein Mehr von 12 655 791 Millionen gegen den gleichen Monat im Vorjahre, was einer Mehreinnahme von M 200 oder 6,91 v. H. auf einen Kilometer gleichkommt.

Ueber die Geschäftslage in unsern Berufen konnte Ausgangs August schon festgestellt werden, daß in einer Anzahl von Betrieben mit den Vorarbeiten zur Hochsaison begonnen wird. Die Kafes- und Biskuitindustrie hatte normalen Geschäftsgang. Weniger günstiger stand es in dieser Zeit im Wadergewerbe. Die Reisezeit wie die Obsternte beeinflussten stark den Rückgang der Produktion. In der Schokoladenindustrie erfolgte die Fusion der beiden Schweizer Gesellschaften Cailler und Peter & Kohler, wobei dieses kapitalistische Unternehmen nun zu den größten auf dem Kontinent zählen dürfte.

Auf dem Geldmarkt ist eine sehr scharfe Anziehung des Diskonts erfolgt. Der Privatdiskont stieg in der Septembermitte auf 4 pZt. und stellte sich mit dem Reichsbankdiskont gleich, was wiederum zur Folge hatte, daß die Reichsbank den Diskont auf 5 pZt. erhöhte. Die ruhige Haltung auf dem Geldmarkte, wie sie bei Entstehung der Marokkoaffare wahrgenommen wurde, konnte den politischen Ereignissen nicht länger standhalten. Die fieberhafte Erregung, die sich auf politischem Gebiet bemerkbar machte, widerspiegelte sich auch auf dem Geldmarkte.

In der letzten „Rundschau“ berichteten wir über beträchtliche Preissteigerungen auf dem Getreidemarkt. Erfreulicherweise hat diese Haufe nur wenige Tage angehalten. Am 11. September war bei Weizen ein Rückgang um M 6 und bei Roggen um M 8 pro Tonne festzustellen. Mitte des Monats trat eine weitere Reduzierung ein, bei Weizen um M 5 und bei Roggen um M 4; gegen Ende des Monats zogen die Preise wieder an und erreichten in Berlin für Weizen M 202, für Roggen M 182 pro Tonne. Diese Haufe benutzten die Wadermeister zur sofortigen Brotpreis erhöhung, die in gar keinem Verhältnis zu der Erhöhung, die nur vorübergehend auf Getreide erfolgte, steht. Außer den Agrariern und Getreidehandlern zieht also der Wadermeister ebenfalls von der Teuerung noch Nutzen. Die Ausfuhr von Roggen stieg von 1909 auf

1910 von 650 544 Tonnen auf 820 007 Tonnen. Die Weizenausfuhr betrug im vorigen Jahre 281 389 Tonnen im Werte von fast 52 Millionen Mark. So finden wir auch die Erklärung, daß von 839,2 Millionen Mark für vereinahmte Zölle allein 123,5 Millionen Mark von den Einfuhrscheiden gedeckt wurden. Oder mit andern Worten: die Agrarier und Getreideexporteure konnten im Jahre 1910 diesen Betrag durch die Einrichtung der Einfuhrscheine mühelos in ihre Tasche stecken. Die Preissteigerung ist also in erster Linie nur auf dieses System zurückzuführen.

Nach einer im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Zusammenstellung der täglichen Berichte von deutschen Fruchtmarkten ist im September der Preis sämtlicher Getreidesorten gegenüber den Vormonaten recht erheblich gestiegen.

Weizen kostete an den 61 Markorten, in denen er gehandelt wurde, M 20,23 für den Doppelzentner gegen M 19,75 im August und M 19,16 im September 1910. Er stieg bis zu M 22,69 in Bayern und ging bis M 19,07 in Pommern herunter. Roggen hatte einen Preis von M 17,55 gegen nur M 15,99 im Vormonate und M 14,22 im Vorjahre. Er war mit M 22,92 in Würtemberg am teuersten und mit M 16,53 in Ostpreußen am billigsten. Gerste kostete M 18,66 gegen M 17,08 im August d. J. und M 14,18 im September 1910. In Bayern war ihr Preis mit M 20,21 am höchsten und in Schleswig-Holstein mit M 14,27 am niedrigsten. Die Preisschwankungen sind hier ebenso wie beim Roggen sehr groß, weit größer als in den vorhergehenden Monaten. Hafer hatte einen Preis von M 17,50 gegen M 16,61 im Vormonat und M 14,49 im September v. J. Er war mit M 19,99 in Schwarzburg-Sondershausen am teuersten und mit M 16,63 in Ostpreußen am billigsten. Gegen den August d. J. ist somit der Weizen um M —,48, Hafer um M —,91, Roggen um M 1,56, d. h. fast 10 pZt., und Gerste um M 1,58, das ist über 9 pZt., gestiegen. Gegenüber dem Vorjahre ist Weizen um M 1,07, Hafer um M 3,01, Roggen um M 3,33 und Gerste sogar um M 4,48 teurer geworden.

Die Preistreibung hat auch andere Produkte ergriffen, die in unsern Berufen hauptsächlich zur Verwertung gelangen. So ist Zucker ganz enorm emporgeschossen; Butter, Milch und sonstige Zutatien blieben nicht zurück. Eine allgemeine Lebensmittelverteuerung folgte auf dem Fuße und führte mit sich, daß ein Proteststurm in allen Volksschichten einsetzte. Nicht nur in Arbeiterversammlungen wird von der Regierung die Aufhebung der Zölle gefordert, auch Handelskammern und sonstige Interessentengruppen fordern Abhilfe der gegenwärtigen Teuerung.

In dieser Zeit erscheinen Veröffentlichungen der Aktiengesellschaften und sonstiger kapitalistischer Unternehmungen über die erzielten Reingewinne. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie hat dabei ganz gut für die Aktionäre abgeschnitten. Von sämtlichen Aktienunternehmungen betrug nach einer Zusammenstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes 1909/10 der prozentuale Jahresmehrgewinn 7,82, die Dividendensumme 7,76 pZt.; die Gruppe Nahrungs- und Genussmittelindustrie bezeichnet vom gesamten Unternehmenskapital einen Jahresmehrgewinn von 6,76 pZt., und die Durchschnittsdividende betrug 6,88 pZt. Es verlohnt sich immerhin noch, Aktionär in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zu sein.

Die Erscheinungen im Wirtschaftsleben gestalteten sich für die Arbeiter immer ungünstiger. Gegen die einzig richtige Anregung: die Grenzen für Schlachtvieh zu öffnen, das System der Einfuhrscheine zu beseitigen und eine Ermäßigung der Getreidezölle vorzunehmen, wird sich das Junkertum mit allen seinen Machtmitteln zur Wehr setzen. Teuere Zeiten überliefern nicht nur die ärmeren Volksschichten dem Hunger, sie werden auch in einer solchen Periode dem Verbrochertum förmlich in die Arme getrieben. In allen Teuerungsjahren wurde die Wahrnehmung gemacht und die Kriminalstatistik bestätigt es, daß die Verbrechen rapide zunehmen. Die Neuwahlen zum Reichstag werden sicher die volksfeindliche Regierungsmehrheit von der Bildfläche hinwegfegen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Tabakarbeiterausperrung in Westfalen. Am 14. Oktober wurden etwa 8000 Tabakarbeiter in den Kreisen Herford, Minden, Lübbecke, Osnabrück und den Furstentummern Lippe und Waldeck ausgesperrt, nachdem die Arbeiter in den bestreikten Betrieben nicht bedingungslos die Arbeit wieder aufnahmen. Die von dieser Maßregel Betroffenen gehören zu 5000 dem Deutschen Tabakarbeiterverband an, 1000 der Beteiligten sind im Verband der Zigarrenfortierer und Ristenbelleber und der Rest ist bei den christlichen Gewerkschaften organisiert. Die Ausperrung verfuigten 130 dem Westfälischen Fabrikantenverband angeschlossene Firmen. Obwohl von dieser Seite bei den Unterhandlungen mit den Organisationsvertretern die Notwendigkeit von Lohnaufbesserungen anerkannt wurde, griff das Unternehmertum zu der brutalen Maßnahme der Ausperrungspolitik. Die drei in Frage kommenden Organisationen treffen gemeinsam die Vorkehrungen.

Der Kampf im graphischen Gewerbe. Die Unterhandlungen zwischen den Vertretern des Verbandes der Lithographen und Steindruckern und den Unternehmern sind gescheitert. Die Scharfmacher im Unternehmerverband ordneten, weil hierauf die Gehilfenschaft in einigen Städten in den Streik eingetreten ist, die Ausperrung an. Die Gesamtzahl der Streikenden und Ausgesperrten beträgt 4500. Die Situation ist für die Arbeiter äußerst günstig.

Der Streik in der Hamburger Holzindustrie. Die Hamburger Holzarbeiter stehen nun über 30 Wochen im Kampfe, der sich in der Hauptsache um die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises abspielt. Zu den neuen Bedingungen arbeiten in 343 Betrieben 2778 Holzarbeiter, während nur noch 268 Betriebe, die vor Ausbruch des Kampfes 1640 Arbeiter beschäftigten, am Kampfe beteiligt sind. Vor einigen Tagen gewann es den Anschein, als wären die Scharfmacher zum Friedensschluß bereit.

Der Vorsitzende des Schutzverbandes der Holzindustriellen, Nahardt, wurde von den Unternehmern um Vermittlung zur Beilegung der Differenzen angerufen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch, da die Unternehmer, nachdem sie den Arbeitsnachweis bewilligt hatten, Abstriche an den materiellen Forderungen machen wollten. Nun kommt Nahardt den Hamburgern zu Hilfe, weil sich diese wieder dem Schutzverbande angeschlossen haben, indem er im „Fachsblatt“ proklamiert, alle aus Hamburg zugereisten Holzarbeiter zu entlassen. Das ist ein eklatanter Vertragsbruch; denn diese Arbeiter sind inzwischen zu Vertragsarbeitern geworden. In der letzten „Holzarbeiterzeitung“ wird aufgefordert, unter keinen Umständen diese Maregelung ruhig hinzunehmen, sondern, wo solche erfolge, die Schiedsgerichte anzurufen. Dieser Vorgang läßt in eigenartigem Licht die „Vertragstreue“ der Unternehmer erscheinen.

Erfolg der Muhlenarbeiter in Breslau. Auf die eingereichte Tarifvorlage an die Mühlenbesitzer wurde nach wiederholten Verhandlungen mit sechs Firmen eine Einigung erzielt. Neben der Festsetzung und Abgrenzung der Arbeitszeit wird sämtlichen Arbeitern eine sofortige Lohnzulage von M 1,70 pro Woche zugestanden. Ferner wurden Ferien von drei Tagen bis zu einer Woche, sowie der Lohnausfall bei militärischen Übungen und Krankheiten bis zu 14 Tagen erreicht. In Betracht kommen 180 Personen.

Der Deutsche Transportarbeiterverband zählte am 1. Oktober 185 500 Mitglieder, gegen das zweite Quartal 1911 ein Mehr von 13 800.

Der Buchbinderverband erreichte mit Abschluß des dritten Quartals 30 000 Mitglieder. Seit knapp anderthalb Jahren ist die Mitgliederzahl um 5000 gestiegen. Mit besonderem Erfolge wird die Organisierung der Arbeiterinnen des Berufes betrieben. Zurzeit gehören 14 450 Arbeiterinnen dem Verband an. Bei der Berufszahlung 1907 wurden bereits von der vorhandenen Arbeiterzahl 40,5 pZt. Arbeiterinnen ermittelt.

Allgemeine Rundschau.

Einem errlichen Erfolg hatte die Sozialdemokratie bei den diesjährigen Wahlen zum obenburgischen Landtag. Während bisher nur vier Abgeordnete im Landtag vertreten waren, kann die sozialdemokratische Fraktion jetzt verdreifacht (zwölf) ihren Einzug halten. Schon bei der Hauptwahl waren acht Mandate errungen. Bei den Nachwahlen hatte die Parteileitung mit der Fortschrittlichen Volkspartei die Vereinbarung getroffen, sich gegenseitig zu unterstützen. Da, wo die Sozialdemokraten der Fortschrittlichen Volkspartei gegenüberstanden, mußte der Kampf zwischen beiden Parteien ausgesprochen werden. Die Wahlparole lautete: Ruckichtsloser Kampf nach rechts! Durch Einhaltung derselben haben die Agrarier und Nationalliberalen mehrere ihrer Hauptvertreter verloren. Der neue Landtag setzt sich zusammen aus 14 Fortschrittlichen, 12 Sozialdemokraten, 10 Nationalliberalen und Bundlern und 9 Abgeordneten von der Zentrumspartei.

ss. Rüben- und Rohrzucker. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts beherrschte der aus dem nur in der heißen Zone wachsenden Zuckerrohr hergestellte Rohrzucker fast ganz den Zuckermarkt. Noch um die Mitte des Jahrhunderts entfielen auf ihn rund sieben Achtel der gesamten Zuckerproduktion der Welt. Dann begann sein Konkurrent, der Rübenzucker, immer siegreicher vorzudringen, bis beide sich Mitte der achtziger Jahre etwa die Wage hielten. Seitdem überwiegt die Rubenzuckerfabrikation immer mehr die von Rohrzucker. Folgende Tabelle veranschaulicht die jährliche Weltproduktion der beiden Zuckerarten und ihr Verhältnis zueinander seit dem Jahre 1852. Es wurden produziert in 1000 t (a 1000 kg) Rohzucker:

Betriebsjahr	Rübenzucker	Rohrzucker	Summa	Anteil des Rubenzuckers am Gesamtprodukt in Prozenten
1852/53	201	1233	1434	14,0
1859/60	390	1376	1766	22,2
1869/70	844	1856	2600	32,4
1879/80	1531	2084	3615	42,4
1889/90	3537	2522	6059	58,4
1899/1900	5440	2978	8418	64,0
1904/05	4823	4500	9323	51,7
1909/10	6540	6198	12738	52,1
1910/11	8471	6236	14707	57,6

Wie man sieht, hat auch die Produktion von Rohrzucker trotz dessen allmähliger relativer Zurückdrängung vom Weltmarkte sich doch in der angegebenen Periode etwa verfünffacht. Weit schneller, etwa um das Vierzigfache, ist natürlich die Produktion von Rübenzucker gestiegen, wodurch die Gesamtproduktion im letzten Jahre die zehnfache Hoe der zu Mitte des vorigen Jahrhunderts innegehabten erreichte.

Der Siegeslauf des Rubenzuckers ist zum großen Teile bedingt durch die immer vollkommeneren Technik der Rubenzuckerfabrikation. Während im Jahre 1836 zur Herstellung von einem Doppelzentner Zucker noch 17,3 Doppelzentner Rüben erforderlich waren, was einer Ausbeute von 5,5 pZt. entspricht, war das notwendige Rubenquantum im Jahre 1909 auf 5,68 Doppelzentner gesunken, die Ausbeute demzufolge auf 17,6 pZt. gestiegen. Der Zuckerverbrauch und damit die Zuckerproduktion würden sich noch weit schneller entwickeln, wenn nicht ein wahnsinniges Abgabesystem in den meisten Zucker produzierenden Ländern den Zuckerpreis auf einer Hoe hielte, die den Konsum dieses wichtigen und notwendigen Nahrungsmittels in den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung künstlich zurückhält.

Zwei Jahre Boykott der nationalen Schnapsquelle. „O Schnapsverbrauch, du nationaler Segen des Reichsfädels, wo bist du geblieben“, das ist die neueste Patriotenhymne der „treu zu Kaiser und Reich“ haltenden Presse. Rückgang des gewerblichen Verbrauchs, ach, das wäre noch zu verschmerzen gewesen — insbesondere dem Reichschapssekretär, denn er bekommt ja keine Liebesgabe —, aber daß nun auch die Branntweinproduktion rückwärts schreitet, das ist das bitterste Ergebnis der statistischen Mitteilungen, die fortlaufend amtlich den Alkoholbedarf des lieben deutschen Volkes registrieren.

Es bleibt also dabei, der sozialdemokratische Schnapsboykott hat nicht nur eine Schmälerung der Liebesgabe herbeiführen können, er ist dabei, den indirekten Steuerlumpsum der deutschen Regierung ins Herz zu treffen, hat er doch bewiesen, daß durch ihn die Produktion, also die eigentliche Steuereinnahme des Staates, getroffen werden konnte.

Die kürzlich erfolgte Herabsetzung des Kontingents war im Grunde genommen nur eine vornehme Hilfeleistung der Regierung ihren agrarischen Freunden gegenüber. Selbstverständlich fiel dabei nicht nur die erneute Sicherung der Liebesgabe von M 19, sondern auch eine Reservierung von außerkontingentlichen Steuereinnahmen ab. Hierbei sei gleich mit bemerkt, daß die willkürliche Kontingentänderung durch einfachen Bundesratsbeschluss ebenfalls eine Frucht der Herrschaft des schwarz-blauen Blodes ist. Im alten Branntweinsteuergesetz war die Kontingentierung dem Reichstage vorbehalten, das neue Gesetz übertrug diese äußerst wichtige Befugnis dem Bundesrate und seinem berückichtigten Verordnungswege. Aber was will das alles sagen gegenüber der unumstößlichen Tatsache, daß die Branntweinproduktion dauernd zurückgegangen ist, seitdem der Leipziger sozialdemokratische Parteitag gesprochen hat! Als sich Ende des vorigen Schnapsjahres, das vom 1. Oktober bis zum 30. September läuft, ein Rückgang der Produktion von mehr als 15 pzt. ergab, tröstete man sich überall dort, wo die nationale Schnapsquelle heilendes Bad für den Geldschwund des Reichsfädels ist, damit, daß dies nur wegen der der Besteuerung vorausgegangenen Vorverfugung möglich geworden sei. Wie liegen die Dinge aber diesmal? Die Produktionsziffern — erste — sehen so aus:

1910/11.....	3473707 hl
1909/10.....	3650177 "
1908/09.....	4265281 "

Die Tatsache ist nicht wegzuleugnen, daß 1910/11 rund 175 000 Hektoliter Branntwein weniger hergestellt worden sind als im Vorjahr. Gegenüber 1908/09, einem normalen Jahre, als noch niemand an Vorverfugung dachte, ist 1910/11 ein Produktionsdefizit von 545 000 Hektoliter vorhanden! Es bleibt also, wenn man Vorproduktion und Vorverfugung der Jahre 1908/09 und 1909/10, respektive ihre anormale Wirkung außer acht läßt, rund 15 pzt. Produktionsrückgang!

Den Rückgang des eigentlichen Schnapsverbrauches zeigen die folgenden Ziffern:

1910/11.....	1968129 hl
1909/10.....	1802745 "
1908/09.....	2602121 "

Das ist nicht der tatsächliche Verbrauch, sondern nur die Ueberweisung an die Verbrauchsstellen, die Zahlen zeigen aber doch deutlich genug, daß der Schnapsbedarf um rund 40 000 Hektoliter gesunken ist, und dies, nachdem er schon um rund 30 pzt. gesunken war! Da jeder Hektoliter reiner Alkohol rund drei Hektoliter gewöhnlicher Schnaps ist, so ergibt sich ein eigentlicher Minderverbrauch von Schnaps von rund 120 000 Hektoliter!

Es bleibt also auch für 1910/11 dabei, daß der Schnapsboykott wirkte. Zu hoffen und zu wünschen ist es, daß dies auch für 1911/12 und für immer so sein wird. Jeder Arbeiter denke daran: jeder Hektoliter Alkohol bringt dem Staate mindestens M 106 Steuer und den Junkern M 19 Extraliebergabe. Arbeiter dürfen zu solcher Volksausbeutung nicht freiwillig beisteuern.

Literarisches.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Neunter Jahrgang 1911. Herausgegeben von dem Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Heinrich Kaufmann. I. und II. Band. Preis M. 10. Selbstverlag.

Zentralverband der Glasarbeiter. Protokoll der zehnten ordentlichen Generalversammlung, abgehalten am 25. Mai 1911 in Jlimenau. Anhang: Protokolle der Branchenkongressen. 294 S. Selbstverlag.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 17. Oktober verstarb unser Mitglied, der Bäcker **Friedrich Jakob** im Alter von 32 Jahren, und am 20. Oktober der Bäcker **Richard Reich** im Alter von 29 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

[M. 4,50]

Verwaltung Berlin.

Zahlstelle Hamburg-Altona.
Sonntag, den 29. Oktober 1911, nachmittags 2 Uhr:
Mitgliederversammlung
 im oberen Saale des Gewerkschaftshauses, Befensbinderhof.
 Wichtige Tagesordnung.
 Vollzähliges Erscheinen erwartet [M. 3]
 Der Vorstand.

Unsere Kollegen Paul Blümchen, Max Rothe und Paul Peukert nebst ihren verehrten Bräuten
die herzlichsten Glückwünsche
 zur Vermählung!
 Die Kollegen der Konsumbäckerei Sagan.
 [M. 6,50]

Unsere Kollegen Paul Voigt nebst Braut
die besten Glückwünsche
 zur Vermählung!
 Sämtliche Bäcker der Sächsischen Brotfabrik „Union“, Chemnitz.
 [M. 3,50]

Vertreter
 gesucht gegen hohe Provision zum Verkauf von Streumehlen. Gesf. Offerten unter A. H. an die Expedition dieses Blattes. [M. 2,50]

Meine seit 25 Jahren innegehabte
Konditorei und Café
 mit voller Schantgerechtigkeit und Haus, in lebhaftem Bade- und Ausflugsort, verlaufe wegen körperlichen Leidens preiswert. Näheres unter P. M. F., „Doberaner Zeitung“, Doberan i. M. [M. 4]

Eine der Neuzeit entsprechend eingerichtete
Bäckerei mit gutem Geschäft
 ist wegen hier nicht anzugebenden Gründen zu verkaufen. Preis M. 60 000. Anzahlung M. 6000. Miets-Einnahme M. 2200. Zu dem Hause gehört ein schöner Garten. Reflektanten mögen sich wenden an **Paul Schneider, Bäcker, Schwerin i. M., Gutenbergstr. 6.** [M. 5,50]

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlins, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle. Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: **Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.** Nach dem Unterricht: **Gesellschaftsstunde.** Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten. **Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 117.**

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen beden ihren Bedarf am besten bei **Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.**

Zahnersatz nach 40 jähriger Erfahrung

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)
Sonntag, 29. Oktober:
 Alsen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — Bayreuth: Im Restaurant Vreh, Kirchgasse. — **Dennigsdorf:** 4 Uhr bei Lehmann. — **Landenberg a. d. W.:** 3 Uhr bei Daber, Mollkeplag. — **Rüstringen-Wilhelmshaven:** 4 Uhr bei Buddenberg, Rüstringen, Peterstraße.
Mittwoch, 1. November:
 Hamburg-Altona (Seefahrende): 8½ Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberacker 15. — **Plattling:** 2 Uhr bei Joseph Griel, Gasthaus „Maierbräu“. — **Schwabach:** Bei Hoffmann im „Waldfisch“. — **Weglar:** 3 Uhr bei Reinhard, Sillhoferstraße.
Donnerstag, 2. November:
 Berchtesgaden. — **Danzig:** Bei Schag, Fischmarkt 6. — **Freiburg i. Br. (Sektion I):** 3 Uhr, „Stadt Remport“, Talstr. 11. — **Guben:** „Zum Fürsten Blücher“, Zindelplag. — **Luckenwalde:** 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Weeliger Straße.
Sonabend, 4. November:
 Cassel (Fabrikbranche): 8 Uhr bei Dülfer, Leipziger Straße. — **Freiburg i. Br. (Sektion II):** 8 Uhr in der „Leffinghube“, Hummelstraße. — **Karlruhe (Fabrikbranche):** 8½ Uhr, Kaiserstr. 18. — **London:** 8 Uhr im

Zürich (Schweiz) :: Bäcker.
 Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckereiarbeitern bestens.
 Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. **A. Kohler.**
 [M. 4]

Unübertroffen
 sind als Spezialitäten zum Bereiten aller Backwaren unsere Margarine-Marken
Spreegold, Spreekrone u. allerfeinste Ziehmargarine
 Machen Sie erst einen Versuch mit diesen erstklassigen Erzeugnissen, und Sie bleiben ständiger Verbraucher
 Alleinige Fabrikanten:
Margarine-Werke Berolina
 Berlin-Lichtenberg
 Herzbergstrasse 55/56
 Teleph.: Amt Lichtenberg Nr. 694 und 695.

Vertreter:
Bremer, Rampe & Thomsen,
 Hamburg, Gröningerstr. 34.
 Telephon: Gr. V, 1651. Telegr.-Adr.: Exquisit.

Ein Versuch überzeugt!
 Natürl. Eigelb.
 Eiweiss, trocken und flüssig, liefert in hervorragender Qualität
Robert Gottheiner, Hamburg 22, Hamburger Strasse 35.
 [M. 3] Telephon: Gr. 6, 5398.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.**

W. Gorn, Eimsb. Chaussee 2, v. 10—5
Frau Gorn, Eppendorfer Landstr. 95

C. A. B. B., 107 Charlotte Street, W, 1. Et. — **Lüdenscheid:** 8½ Uhr im „Raikeller“, Herzogstr. 3.

Sonntag, 5. November:
Brandenburg: Vorm. 11 Uhr, „Deutsches Haus“, Steinstraße 32. — **Bremerhaven:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Chemnitz:** 3 Uhr, „Zur Sängerloge“, Logenstraße. — **Coburg:** 3 Uhr im Restaurant „Neue Welt“. — **Cresfeld:** Bei Hahn, „Zum Museum“, Karlsplatz. — **Dortmund:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Leffingstraße. — **Duisburg:** 3 Uhr im Restaurant „Wienhaus“, Friedrich-Wilhelm-Plag. — **Düsseldorf:** Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — **Flensburg:** 2 Uhr bei Andrefen, „Nordtorbierhalle“. — **Frankfurt a. d. O.:** Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — **Geesthacht:** 3½ Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. — **Hof:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Hildesheim:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goshenstr. 23. — **Lübeck:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. — **Meuselwitz:** 3 Uhr, „Deutscher Kaiser“. — **Potsdam:** 2 Uhr bei Bruschinski. — **Rostock:** 2½ Uhr, Beguinenberg 10. — **Schmölln:** 2 Uhr in der „Germania“, Grimmitzauer Straße. — **Suhl:** 3 Uhr im Domberg, „Anficht“. — **Tangermünde:** 3 Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47. — **Thorn:** 2 Uhr. — **Ulm:** 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — **Weglar:** 4 Uhr bei Brünner, Gerhards-Hof-Strasse 55. — **Weimar:** 3 Uhr im Volkshaus.

Für die Redaktion verantwortlich: J. B. A. Lantke, Hamburg, Befensbinderhof 57. — Verlag von D. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.